Deutscher Verein
für öffentliche
und private Fürsorge e.V.

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IM UMFELD VON PFLEGE

Dokumentation

Berlin, 8. Mai 2014

Pflegeergänzende Unterstützungs- und Infrastrukturangebote im ländlichen Raum

Perspektiven, Herausforderungen und Grenzen des bürgerschaftlichen Engagements

Impressum

Herausgeber:

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.

Michaelkirchstraße 17/18

10179 Berlin

V.i.S.d.P:

Michael Löher (Vorstand)

Redaktion:

Dr. Julia Schlicht (Projektleitung)

Jessica Schon

Lektorat:

Beate Schuh

Fotos:

fr focus media, Frank-Michael Arndt

Berlin, 2014

www.deutscher-verein.de

In Trägerschaft

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Gefördert vom

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 4

Grußwort 7

Christiane Viere – Unterabteilungsleiterin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 7

Entwicklung des Pflegepotenzials im ländlichen Raum – Daten und Fakten 11

Ines Henke – Beigeordnete beim Niedersächsischen Landkreistag im Referat Sozial- und Gesundheitswesen, Jugendhilfe und Krankenhausangelegenheiten 11

Thesen zur Ausgestaltung und zum Umgang pflegeflankierender Angebote im ländlichen Raum 16

Prof. Dr. Jörn Dummann – Fachhochschule Münster, Fachbereich Sozialwessen 16

Podiumsdiskussion 21

Zusammenfassung der Arbeitsgruppen – Input und Erkenntnisse 24

Arbeitsgruppe 1 – Pflegeergänzende Infrastrukturangebote: Heraus forderungen und Lösungsansätze 25

Zentrale Punkte der Präsentation von Wolfgang Rückert – stellvertretender Bürgermeister Gemeinde Langenfeld 25

Zentrale Punkte der Präsentation von Iren Steiner – Leiterin der Agentur „Pflege engagiert“ 26

Kernaussagen der Arbeitsgruppe 28

Arbeitsgruppe 2 – Qualifizierung 33

Zentrale Punkte der Präsentation von Sabine Jansen – Geschäftsführerin Deutsche Alzheimer Gesellschaft e. V. 33

Zentrale Punkte der Präsentation von Horst Weipert – Leiter der Sozialakademie Potsdam der AWO SANO gGmbH 35

Kernaussagen der Arbeitsgruppe 37

Arbeitsgruppe 3 – Gewinnung von Freiwilligen und ihre nachhaltige Motivation / Bindung 38

Zentrale Punkte der Präsentation von Elisabeth Bäther – Projektkoordinatorin des Mehrgenerationenhauses Dülmen und Christa Krollzig – Erste Beigeordnete der Stadt Dülmen 39

Zentrale Punkte der Präsentation von Doris Heineck – Mitarbeiterin Freiwilligenagentur Marburg-Biedenkopf 41

Kernaussagen der Arbeitsgruppe 43

Zusammenfassung der Erkenntnisse 47

Anhang 55

Literaturverzeichnis 56

Tagesprogramm 58

Teilnehmerliste 60

Vorwort

Bürgerschaftliches Engagement im Umfeld von Pflege wird immer bedeutsamer. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Infolge des demografischen Wandels altert die Gesellschaft. Mit zunehmendem Alter und zunehmender Anzahl älterer Menschen steigt die Wahrscheinlichkeit, dass mehr Menschen Pflege benötigen. Demgegenüber schrumpft die Gesellschaft und somit auch das Potenzial professioneller und familiärer Pflege. Zur Sicherstellung einer qualitativ und quantitativ hochwertigen Pflege bedarf es somit integrierter Lösungskonzepte. Pflege kann nicht mehr nur von Einzelnen erbracht, sondern sollte als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden.

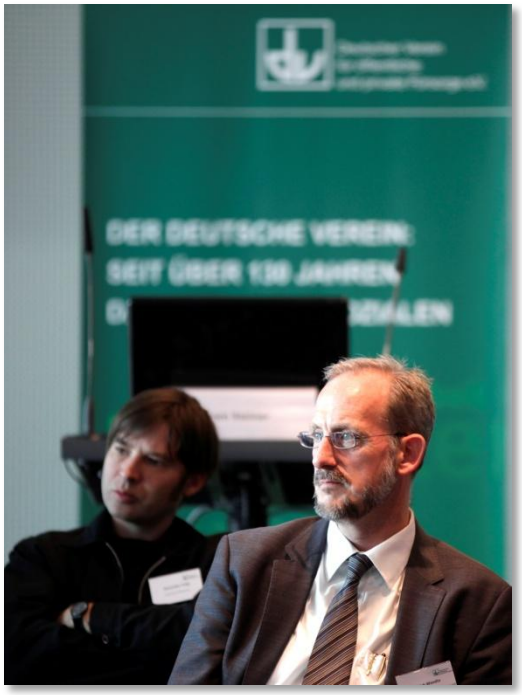
Seit September 2013 werden in dem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Projekt „Bürgerschaftliches Engagement im Umfeld von Pflege“ beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. (Deutscher Verein) konzeptionelle Ansätze zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige erarbeitet und weiterentwickelt. Weiterhin ermöglicht das Projekt den gegenseitigen Austausch der unterschiedlichen Akteure.

Voraussetzung für einen intensiven und konstruktiven Dialog sind Informationen und ein einheitlicher Wissensstand. Aus diesem Grund wurde eine Befragung unter den Ländern zu pflegeflankierenden Angeboten durchgeführt. Als Ergebnis ist eine Zusammenschau der Länderaktivitäten über Fördermöglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements im Pflegekontext entstanden.[1] Es zeigt sich, dass vielfältige niedrigschwellige Angebote und Modellprojekte im Sinne der §§ 45b–d SGB XI von den Ländern umgesetzt werden. Die Länder wählen zur Förderung von pflegeflankierenden Maßnahmen unterschiedliche thematische Förderschwerpunkte wie „Demenz“ oder „Hospitzarbeit“. Gemeinsame Herausforderungen bestehen in den Bereichen Gewinnung und Bindung von Engagierten und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in ländlichen Regionen.

Die Ergebnisse der Befragung gaben Anlass, den Austausch zu intensivieren. Dazu wurde am 8. Mai 2014 der Fachworkshop „Pflegeergänzende Unterstützungs- und Infrastrukturangebote im ländlichen Raum. Perspektiven, Herausforderungen und Grenzen des bürgerschaftlichen Engagements“ durchgeführt. Der ländliche Raum ist von den Folgen des demografischen Wandels besonders betroffen. Die Flucht der jüngeren Generationen in die Großstädte, eine immer älter werdende Dorfgemeinschaft und der Wegfall von Infrastrukturen wirken sich gravierend auf die Pflegesituation aus. Zukünftig werden ländliche Regionen im besonderen Maße von einem überproportionalen Anstieg von Pflegebedürftigen und einem überproportionalen Rückgang professioneller und familiärer Pflegenden betroffen sein. Trotz der negativen Prognosen darf nicht vernachlässigt werden, dass der ländliche Raum sehr divergent ist. Viele gute Praxisbeispiele verdeutlichen, dass Herausforderungen auch Chancen sein können. Weiterhin zeichnen sich ländliche Regionen durch enge interpersonelle Netzwerke aus, die bürgerschaftliches Engagement ermöglichen. Diese hier angedeuteten Herausforderungen, aber auch Möglichkeiten und Lösungsoptionen eines gelingenden Pflegemix wurden im Fachworkshop intensiv diskutiert.

Ca. 70 Vertreterinnen und Vertreter aus Bund, Ländern, Kommunen, Wohlfahrtsverbänden, Wissenschaft und Forschung sowie (kommunalen) Einrichtungen erläuterten Maßnahmen und Barrieren zur Umsetzung pflegeflankierender Angebote im ländlichen Raum. Deutlich wurde, dass die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement im Umfeld von Pflege ein langwieriger Prozess ist, an deren Erfolg alle Akteursgruppen maßgeblich beteiligt sind. Aus diesem Grund sind Diskussionsplattformen – wie der hier dokumentierte Fachworkshop – ein wichtiger Bestandteil für die langfristige und flächendeckende Umsetzung von Förderkonzepten und -maßnahmen.

[1] Die Länderbefragung kann auf der Internetseite des Deutschen Vereins abgerufen werden



Ulrich Wendte

Auf den nachfolgenden Seiten sind die Vorträge und Erkenntnisse des Fachworkshops zusammengefasst. Die Dokumentation richtet sich an alle Expertinnen und Experten, die vor Ort konkrete Maßnahmen umsetzen wollen, die nach Impulsen und Antworten zu Hemmnissen und Barrieren, aber auch nach Chancen und Rahmenbedingungen einer gelingenden Umsetzung pflegeflankierender Angebote suchen.

Der Deutsche Verein bedankt sich herzlich bei den Referentinnen und Referenten sowie den Moderatorinnen und den Teilnehmenden für deren aktive Teilnahme. Die vielfältigen Hinweise, berichteten Erfahrungen und geteilten Erkenntnisse haben maßgeblich zum Erfolg des Fachworkshops beigetragen. Ein herzlicher Dank gilt auch dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für dessen inhaltliche, organisatorische und finanzielle Unterstützung.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
Projekt „Bürgerschaftliches Engagement im Umfeld von Pflege“

Grußwort

Christiane Viere

…ist Unterabteilungsleiterin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ich freue mich sehr, dass Sie unserer Einladung zum heutigen Fachworkshop zu „Pflegeergänzenden Unterstützungs- und Infrastrukturangeboten im ländlichen Raum“ in die Großstadt Berlin gefolgt sind. Unser Thema ist und bleibt höchst aktuell. Wenn man dies so formuliert, wird gerne entgegengehalten: es ist doch aber kein neues Thema. Das mag so sein, aber keinesfalls ist es bereits zukunftsfest umgesetzt, und genau darin liegt heute unsere Herausforderung. Wir müssen unter realen Bedingungen des demografischen Wandels Strukturen schaffen, die alltagstauglich sind und den Bedürfnissen von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen besser gerecht werden. So greift die Differenzierung nach Fachkräften und Hilfskräften in der Pflege heute zu kurz. Es gibt mittlerweile vielfältige aufeinander bezogene und sich ergänzende Qualifikationsniveaus. Weiterhin stehen wir vor sehr unterschiedlichen Herausforderungen in Städten und ländlichen Regionen. Ich weiß, wovon ich spreche; ich bin in einer der kleinsten selbstständigen Gemeinden in Niedersachsen mit 1.000 Einwohnern aufgewachsen und lebe heute in Berlin. Ich begrüße es somit sehr, dass Sie hier sind und wir einen klaren Schwerpunkt auf Unterstützungsangebote im ländlichen Raum setzen.

Christiane Viere

Zugleich gilt aber: Pflege, Betreuung und die Begleitung älterer Menschen gehört überall – in jeder Region, in jeder Stadt – zu den zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen. Deshalb besteht auch auf Bundesebene erheblicher Handlungsbedarf. Wir alle wissen, dass die traditionelle Familienpflege an ihre Grenzen stößt. Familie, Erwerbstätigkeit und Pflege zu vereinbaren, stellt für viele Familien eine extreme Belastung dar. Um die Familien zu entlasten, wird die Bundesregierung den Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit einführen und die Möglichkeiten der jetzigen Pflegezeit und der Familienpflegezeit flexibler gestalten. Die vielfältigen und wichtigen Instrumente der Pflegeversicherung müssen ausgebaut und weiterentwickelt werden. Es wird neue gesetzliche Regelungen geben, die die Betreuungsleistungen verbessern und pflegende Angehörige durch mehr Wahl- und Entlastungsmöglichkeiten unterstützen. In diesem Zusammenhang spielen Ehrenamtliche eine große Rolle.

Die Bundesregierung setzt auf neue Konzepte im Rahmen der Demografiestrategie, die auch in dieser Legislaturperiode wieder einen hohen Stellenwert hat. Es bleibt die originäre Aufgabe vor allem unseres Hauses, deutlich zu machen: Pflege muss als Gemeinschaftsaufgabe auf der lokalen Ebene begriffen werden. Daran arbeiten wir. Wir werden mit Modellen und innovativen Konzepten in der Praxis und vor Ort die richtigen Wegweiser aufstellen. Unser Ziel ist es, möglichst viele Menschen für ein Engagement zu gewinnen und dadurch Verantwortung füreinander zu übernehmen. Wir müssen erreichen, dass familiäre Fürsorge und professionelle Pflege zusammen mit bürgerschaftlichem Engagement, Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe neue Wertegemeinschaften bilden.

Damit dies gelingt, muss klar betont werden, dass bürgerschaftliches Engagement im pflegerischen Kontext keinesfalls bedeutet, Pflege zu übernehmen. Dies ist und bleibt im Kern die Aufgabe der professionellen Fachkräfte. Ehrenamtliche dürfen nicht überfordert werden. Sie brauchen Beratung, Schulung, Anleitung und professionelle Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die die Aufgaben koordinieren, und sie brauchen Freiwilligkeit sowie flexible Einbindung. Nur wenn diese Kriterien erfüllt sind, wird es gelingen, bürgerschaftliches Engagement in der Pflege stärker zu verankern.

Mehr als die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner Deutschlands leben in ländlichen Regionen. Der demografische Wandel führt zum Teil zu einem erheblichen Bevölkerungsrückgang und zugleich zu einem hohen Anteil von Hochaltrigen. Diese Entwicklung ist in den Bundesländern unterschiedlich ausgeprägt. Dennoch lassen sich ähnliche Herausforderungen identifizieren, die im Wesentlichen das Wegbrechen von Infrastrukturen betreffen. Die Kommunen alleine können die Angebotslücken nicht füllen und sie können auch nicht die alleinige Verantwortung dafür tragen. Unser Gemeinwesen ist

auf Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Sie ist angewiesen auf Generationensolidarität und auf Unterstützung, die über effektive Vernetzungsstrukturen aufgebaut werden müssen. Zu diesem Zweck fördert unser Haus vielfältige Initiativen.

Bis Ende 2014 fördern wir jeweils ein Mehrgenerationenhaus in nahezu jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt in Deutschland. Weiterhin fördern wir bundesweit über 300 Projekte im Rahmen des Programms „Anlaufstellen für ältere Menschen im Quartier“. Ungefähr ein Drittel dieser Projekte wird im ländlichen Raum umgesetzt. Ziel des Programms ist, selbstständiges Wohnen auch bei Hilfe und Pflege zu ermöglichen.

Darüber hinaus fördert unser Haus mit der „Allianz für Menschen mit Demenz“ Kooperations- und Vernetzungsmöglichkeiten. Dazu haben in einem zweijährigen Prozess BMFSFJ und BMG gemeinsam mit weiteren Bundesministerien, Vertretern der Länder, der kommunalen Spitzenverbände, der Fachverbände aus den Bereichen Gesundheit und Pflege sowie Vertretern der Zivilgesellschaft und Wissenschaft konkrete Beiträge zur Verbesserung der Lebenssituationen von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen erarbeitet. Es ist eine eindrucksvolle Agenda entstanden, die in Kürze von Frau Ministerin Schwesig, Herrn Minister Gröhe und den vielen Partnern auf Bundes- und Spitzenebene unterzeichnet wird. Durch ihre Unterschrift verpflichten sich alle Partner, die vereinbarten Maßnahmen umzusetzen. Bis 2017 werden wir zudem sukzessive 500 lokale Allianzen für Menschen mit Demenz jeweils zwei Jahre lang fördern. Die lokalen Allianzen werden in die vorhandenen Strukturen eingebettet. Dadurch wollen wir die Schaffung von Parallelangeboten und Wettbewerbssituationen vermeiden. Es werden Orte mit besonderen Vernetzungsstrukturen entstehen. Die Menschen sollen dabei zum Mitmachen angeregt werden und so demenziell Erkrankten und ihren Angehörigen ein besseres Leben in der Mitte unserer Gesellschaft ermöglichen.

Nicht zuletzt beschäftigt sich unser Haus mit dem Thema der gemeinschaftlichen Sorge vor Ort. Darunter verbirgt sich die Idee, im überschaubaren Raum der Nachbarschaft das Bewusstsein für die gemeinsame Verantwortung und Bereitschaft gegenseitiger Hilfe zu stärken. Die Siebte Altenberichtskommission wird sich mit dem Thema intensiv befassen. Auch der Zweite Engagementbericht wird das bürgerschaftliche Engagement als Beitrag zur lokalen Entwicklung in den Mittelpunkt rücken.

Soweit zu einigen Themenfeldern, die uns auf Bundesebene intensiv beschäftigen. Der heutige Fachworkshop ist eingebettet in das vom Deutschen Verein getragene Projekt „Bürgerschaftliches Engagement im Umfeld von Pflege“, das wir noch bis Ende 2014 fördern. Für die enge und kooperative

Zusammenarbeit danke ich dem Deutschen Verein. Im Vorfeld des Fachworkshops hat der Deutsche Verein eine Abfrage bei den Ländern durchgeführt, um herauszufinden, welche pflegeflankierenden Maßnahmen in den Bundesländern umgesetzt werden. In der Handreichung wird ein großes Fundament an möglichen beispielhaften Initiativen dargeboten. Es zeigt sich, dass die Länder in erheblichem Maße pflegebegleitende Angebote auch im ländlichen Bereich strukturell und finanziell fördern. Deutlich wird ebenfalls der Unterschied zwischen Stadt und Land.

Sie als Expertinnen und Experten aus der Praxis, aus den Projekten, den Kommunen, der Wohlfahrtspflege und der Wissenschaft kennen sich aus. Aus diesem Grund möchten wir mit Ihnen passgenaue Konzepte diskutieren. Die heutige Veranstaltung soll dazu dienen, den Austausch mit Ihnen fortzusetzen, Probleme und Potenziale zu erörtern und natürlich voneinander zu lernen. In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine gewinnbringende Veranstaltung und sage schon jetzt Danke fürs Kommen, Danke für Ihr Engagement und Danke für Ihre Beiträge.

Entwicklung des Pflegepotenzials im ländlichen Raum – Daten und Fakten

Ines Henke

… ist Beigeordnete beim Niedersächsischen Landkreistag im Referat Sozial- und Gesundheitswesen, Jugendhilfe und Krankenhausangelegenheiten.

Ines Henke

Von den Auswirkungen des demografischen Wandels sind nicht alle Regionen gleichermaßen betroffen. Insbesondere ländliche Regionen sind mit einem Geburtenrückgang und einer älter werdenden Bevölkerung konfrontiert. Aber auch hier lassen sich Unterschiede erkennen.

Zur Identifizierung von Charakteristiken ländlicher Regionen können zunächst die Landkreise betrachtet werden. In den Bundesländern variiert die Zahl der Landkreise stark. Während Mecklenburg-Vorpommern lediglich sechs Landkreise hat, gibt es in Bayern 71. Nun ist Bayern zwar flächenmäßig größer als Mecklenburg-Vorpommern, allerdings nur ca. dreimal und nicht (gemessen an den Landkreisen) mehr als zehnmal so groß. Die Unterschiede ziehen sich auch auf Gemeindeebene fort. Von den über 11.000 politischen Gemeinden befinden sich alleine über 2.000 im Freistaat Bayern. Mit 37 Einwohnern pro Quadratkilometer ist der Landkreis Prignitz in Brandenburg der Landkreis mit der geringsten Bevölkerungsdichte. Der am dichtesten besiedelte Kreis liegt in Nordrhein-Westfalen. In Mettmann wohnen 1.172 Einwohner pro Quadratkilometer. Ein flächenmäßig kleiner Landkreis impliziert jedoch nicht automatisch eine geringe Bevölkerungsdichte. Der flächenmäßig kleinste Landkreis liegt in Hessen. Der Main-Taunus-Kreis und ist nur 222 Quadratkilometer groß, hat aber eine Bevölkerungsdichte von 1.017 Einwohnern pro Quadratkilometer. Umgekehrte Verhältnisse finden sich beim flächenmäßig größten Landkreis wieder. Der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte ist fast 5.500 Quadratkilometern groß. Allerdings werden hier nur 48 Einwohner pro Quadratkilometer gezählt. Anhand der Beispiele wird deutlich, dass in den einzelnen ländlichen Regionen unterschiedliche Strukturen und da-

mit verbundene Herausforderungen vorliegen. Der ländliche Raum zeichnet sich folglich durch eine strukturelle Vielfalt aus.[2]

Neben den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen sind Bevölkerungsentwicklungen zu berücksichtigen, um Aussagen über die zukünftigen Herausforderungen pflegerischer Infrastrukturen in ländlichen Gebieten abzuleiten.

Ines Henke

Seit 40 Jahren wird deutschlandweit ein Geburtenrückgang verzeichnet. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung kontinuierlich an. Die geburtenstarken Jahrgänge werden ungefähr ab dem Jahr 2020 in das Rentenalter eintreten. Die Anzahl Pflegebedürftiger wächst tendenziell mit zunehmender Anzahl Älterer. Bereits seit Einführung der Pflegestatistik steigt die Zahl an Pflegebedürftigen. 1999 waren ca. 2,02 %, 2011 bereits 2,5 % der Bevölkerung pflegebedürftig.[3] Der Anteil der ambulant Versorgten ist über den genannten Zeitraum leicht gestiegen. Die stationäre Versorgung hat hingegen leicht abgenommen. Unter Beachtung, dass die Anzahl der Pflegebedürftigen insgesamt gestiegen ist, wird deutlich, dass der Bedarf an häuslicher Pflege zunimmt. Somit lässt sich feststellen, dass die Sicherstellung der ambulanten Versorgungsstruktur eine der zentralen Herausforderung ist. Um Maßnahmen zur Gewährleistung einer nachhaltigen ambulanten Versorgungsstruktur abzuleiten, sollten die regionalen Besonderheiten beachtet werden. Dies möchte ich am Beispiel Niedersachsens verdeutlichen.

Von 1999 bis 2011 ist die Zahl der Pflegebedürftigen in Niedersachsen um rund 30 % angestiegen. Tendenziell werden mehr pflegebedürftige Personen zu Hause als in Heimen versorgt. Im Weser-Ems-Bezirk ist die ambulante Versorgungsstruktur überdurchschnittlich gut ausgeprägt. Dementsprechend werden unterdurchschnittlich wenig Pflegebedürftige in Heimen versorgt. Anders ist es im Landkreis Osterode, in dem die höchste Pflegeheimquote zu verorten ist. Die jeweiligen spezifischen Versorgungsformen hängen auch mit der Bevölkerungsstruktur der Landkreise zusammen. Während

[2] Vgl. destatis (2014b)

[3] Vgl. Statistisches Bundesamt (2013)

die Landkreise in der Region Weser-Ems überwiegend eine jüngere Bevölkerungsstruktur haben, leben im Landkreis Osterode, wie auch in den übrigen Landkreisen in Südniedersachsen, überdurchschnittlich viele ältere Menschen. Der Ausbau der ambulanten Pflege ist in Osterode auch aufgrund personeller Engpässe schwierig. Die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, bestehenden Versorgungsstrukturen und Entwicklungen der ländlichen Regionen Niedersachsens spiegeln die deutschlandweite Situation wider.[4]

Neben den Ausgangsbedingungen und soziodemografischen Faktoren besitzen auch sozialpolitische Variablen einen Einfluss auf die aktuelle und zukünftige Ausgestaltung der Pflege. Die Veränderung des familiären Pflegepotenzials wird den Fachkräftebedarf im ambulanten Bereich verstärken. Gleichzeitig wird sich das Potenzial an Pflegefachkräften reduzieren. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit zur Erprobung neuer Versorgungsformen und zur Weiterentwicklung des Pflegeversicherungsrechts.

Eine kommunale **Demografiepolitik** sollte auf einem planvollen Strukturwandelprozess aufsetzen. Dazu sollten Konzepte entwickelt werden, die notwendige Maßnahmen zur Anpassung kommunaler Infrastrukturen aufzeigen. Empfehlungen und Materialien zu einer solchen Vorgehensweise finden Sie hier:

Literaturempfehlung:

Deutscher Landkreistag (Hrsg.) (2011): Kreisentwicklungskonzepte als politisches Instrument zur Gestaltung des Demographischen Wandels – Handreichung mit konzeptionellen Muster, Band 98 der Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte des Deutschen Landkreistages e. V., online abrufbar.

Deutscher Landkreistag (Hrsg.) (2013): Stark in der Fläche: Entwicklungsbedingungen und Potentiale in den Landkreisen, Band 112 der Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte des Deutschen Landkreistages e. V., online abrufbar.

Landkreis Leer (Hrsg.) (2013): Zukunft im Blick – Demographischer Wandel: Herausforderung und Chance, Leer, online abrufbar.

[4] Vgl. Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologien Niedersachsen (2012)

Um auf die zukünftigen Herausforderungen reagieren zu können, sollten differenzierte Analysen in den betrachteten ländlichen Räumen vorgenommen werden. Auf Basis dieser lassen sich Handlungskonzepte und konkrete Maßnahmen ableiten. In Niedersachsen wurden erste Pflegestrukturangebote geplant und umgesetzt, welche nachfolgend kurz erläutert werden.

- Im Rahmen des Wettbewerbs „**Pflege im Quartier**“ hat das Land Niedersachsen im Jahr 2011 Projekte gefördert und ausgezeichnet. Prämiert wurden Konzepte, die älteren Menschen in ihrem vertrauten Umfeld pflegerische und soziale Unterstützung bieten. Dies sind unter anderem:
    - „Wohnen mit Zukunft“, Samtgemeinde Neuenkirchen
    - die Grafschafter Bürgergemeinschaft e. V., Nordhorn
    - Nachbarschaftsinitiative Feriendorf, Quakenbrück
- In Niedersachsen befinden sich die Pflegestützpunkte (gemäß SGB XI) ausschließlich in Trägerschaft der Landkreise und kreisfreien Städte. Durch das Land Niedersachsen werden flächendeckend Seniorenservicebüros gefördert. Zur Stärkung der kommunalen seniorenpolitischen Beratungsstrukturen vor Ort, fördert das Land die Zusammenführung der Pflegestützpunkte mit den Seniorenservicebüros in einen Senioren- und Pflegestützpunkt Niedersachsen (SPN). Durch den SPN werden die landesweiten Senioren- und Pflegeberatungen vernetzt. Darüber hinaus werden durch den SPN Informationen gebündelt und so Interessierten „aus einer Hand“ angeboten.
- Mit dem Projekt „**Gesundheitsregionen Niedersachsen**“ fördert das Land gemeinsam mit der AOK Niedersachsen, der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen, dem Verband der Ersatzkassen und dem Landesverband der Betriebskrankenkassen Mitte die Entwicklung von kommunalen Strukturen und innovativen Projekten, die eine bedarfsgerechte und möglichst wohnortnahe Gesundheitsversorgung zum Ziel haben.
- Im Rahmen des Niedersächsischen **Pflegepakts** haben sich das Niedersächsische Sozialministerium, die Landesverbände der Pflegekassen, die kommunalen Spitzenverbände, die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und die Verbände der privaten Pflegeanbieter auf verschiedene Bausteine zur Sicherung der Qualität in der Pflege verständigt. Zur Erleichterung der Arbeitsbedingungen ambulanter Pflegedienste sind bspw. Maßnahmen zur Entbürokratisierung initiiert worden. Für den stationären

Pflegebereich wurde unter anderem die Erarbeitung eines Verfahrens zur Vermeidung von Doppelprüfungen in Auftrag gegeben.

Thesen zur Ausgestaltung und zum Umgang pflegeflankierender Angebote im ländlichen Raum

Prof. Dr. Jörn Dummann

… ist Professor für Handlungskompetenzen an der Fachhochschule Münster im Fachbereich Sozialwesen. Herr Prof. Dummann hat zudem vier Jahre lang das Mehrgenerationenhaus in Münster geleitet.

In meinen Ausführungen möchte ich auf sechs Fragen bzw. Punkte eingehen und meine Visionen dazu darlegen.

Prof. Dr. Jörn Dummann

In welchem Status befinden wir uns? Agieren, Reagieren oder Interagieren?

Drei verschiedene Handlungsmuster sind möglich, um auf den demografischen Wandel und seine Folgen einzuwirken. Die erste Möglichkeit, die auch als Stufe 1 bezeichnet wird, ist das „panische Reagieren“. Darunter werden Maßnahmen verstanden, die nur kurzfristig einen Einfluss auf die Entwicklung ausüben.

In Deutschland wird auf die Folgen des demografischen Wandels bewusst agiert (Stufe 2). Solche Handlungsweisen zeichnen sich durch eine (politische) Steuerung aus. Die Handlungsalternativen werden auf Basis eines breiten Wissensstands abgewogen und umgesetzt. Exemplarisch dafür ist die Ableitung einer nationalen Engagementstrategie durch den Bund, in deren Konzeption die Ergebnisse des Freiwilligensurveys eingeflossen sind. Die Verantwortung für die Umsetzung der Maßnahmen liegt

bei den Kommunen. Das „bewusste Agieren“ ist, aufgrund nachhaltiger Einflussnahmen, dem „panischen Reagieren“ vorzuziehen. Allerdings besteht auch noch eine dritte Möglichkeit: das „mutige Interagieren“.

Unter dieser Handlungsweise wird die Kooperation und Koproduktion mit den Bürgerinnen und Bürgern verstanden. Mutig bezeichnet in diesem Fall den „Weg des Ausprobierens“. Der Erfolg einer Maßnahme kann nicht vorhergesagt werden. Projekte und Maßnahmen müssen erprobt, angepasst und auf deren flächendeckenden Erfolg getestet werden. Solche Handlungsmuster sind ebenfalls in Deutschland vorzufinden: Modellprojekte wie die Mehrgenerationenhäuser sind Beispiele für gelungene Interaktionsmaßnahmen.

Soziale Arbeit in der Pflege – ein pflegeergänzender Lösungsansatz

Der pflegeergänzende Lösungsansatz basiert auf der Idee des „mutigen Interagierens“. Er ist praxisorientiert und bezieht unterschiedliche Akteursgruppen mit ein. Der Ansatz betrachtet alle Altersgruppen, Ältere aber auch Kinder und Jugendliche.

Bei der Pflege sollten zwei Bereiche berücksichtigt werden: Pflege kann einerseits Gesundheit fördern, Krankheiten verhüten, Gesundheit wiederherstellen, Leiden mindern und Menschenwürde achten (gemäß dem International Council of Nurses [ICN]). Anderseits kann Pflege auch „Hilfe zur Selbsthilfe“ sein. Während beim ersten Ansatz die Frage der Versorgungszuständigkeit im Mittelpunkt steht, geht es beim zweiten um die Frage, wie lange oder mit welcher Unterstützung sich der Pflegebedürftige selbst versorgen kann. Der zweite Ansatz ist nicht nur unter fiskalischen, sondern vor allem unter sozialpädagogischen Aspekten bedeutend. Aus diesem Grund plädiere ich dafür, die Bereiche soziale Arbeit und Pflege zu fusionieren und einen ganzheitlichen Ansatz – den pflegeergänzenden Lösungsansatz – umzusetzen.

„Lebensweltorientierte, ressourcenorientierte Pflege“

Um eine ganzheitliche Pflege umzusetzen, ist es notwendig, Menschen in ihren Lebenswelten und mit ihren Potenzialen wahrzunehmen. Das heißt, Pflegebedarf bemisst sich nicht an den persönlichen Defiziten, sondern an den zur Verfügung stehenden Ressourcen und den individuellen Lebenslagen. Zur Ermittlung dieser ist Wissen erforderlich, das von unterschiedlichen Akteuren der Pflegeversorgung bereitgestellt werden kann. Durch Vernetzung und Partizipation aller, die am Pflegeprozess beteiligt sind, kann ein ressourcenorientierter, ganzheitlicher Pflegeansatz ermöglicht werden. Betei-

ligung ist dabei als fortlaufender Prozess zu verstehen, dessen Ausprägungen, Organisation und Verantwortungsbereiche stets neu ausgelotet werden sollten. Darüber hinaus sind Präventionen, Integration und Zugänge zur Infrastruktur notwendige Voraussetzungen für eine gelingende ressourcenorientierte Pflege. Was versteht man darunter?

- Durch Bildung und Stabilisierung allgemeiner Kompetenzen zur Lebensbewältigung im Jugend- und Hochbetagtenalter kann **präventiv** der Pflegebedürftigkeit entgegengewirkt werden.
- **Integration** und **Inklusion** beziehen sich auf die Schaffung von Lebenswelten ohne Ausgrenzung, Gleichgültigkeit oder (Alters-)Diskriminierung.
- Um Pflege zu ermöglichen, ist der Zugang zu pflegerischen Angeboten (**Infrastruktur**) entscheidend. Durch Dezentralisierung und Vernetzungen kann auf die speziellen Lebenswelten der Adressaten besser eingegangen werden.

Wie ist ein ganzheitlicher Pflegeansatz im ländlichen Raum umzusetzen? Stadt und Land unterscheiden sich im Hinblick auf die zur Verfügung stehende Infrastruktur. In den Städten sind häufig spezialisierte Anbieter und zentralisierte Versorgungsangebote vorhanden. Im ländlichen Raum ist eine solche Angebotsbreite nicht wirtschaftlich. Die pflegerische Infrastruktur im ländlichen Raum zeichnet sich durch einzelne, dezentrale Anbieter aus, die für die Versorgung eines bestimmten Sozialraums zuständig sind. Dies hat Vor- und Nachteile. Vorteil ist die persönliche Nähe zwischen Anbieter und Nachfrager. Personen, die in sozialraumbezogenen Einrichtungen tätig sind, kennen zumeist die Lebenswelten und Netzwerke ihrer Klienten. Sie sind ebenfalls gut vernetzt und können somit auf unterschiedlichste Fragen und Bedürfnisse ihrer Klienten flexibel reagieren. Die Unterstützung und Pflege kann „aus einer Hand“ innerhalb eines individuellen Betreuungsarrangements erfolgen. Da es sich nicht um spezialisierte Anbieter handelt, sondern um sogenannte „lernende Organisationen“, besteht die Gefahr von Qualitätsmängeln. Dieser Nachteil gegenüber städtischen Versorgungen lässt sich durch die Alltagsnähe, Präsenz, Flexibilität und durch Vernetzungsstrukturen teilweise kompensieren. Ein lebensweltorientierter Pflegeansatz ist, aufgrund der genannten Vorteile, im ländlichen Raum besonders gut umsetzbar.

Prof. Dr. Jörn Dummann

Motivationen von Menschen, sich im Bereich Pflege zu engagieren

Das Zitat von Badura/Gross (1976): „Die Klientinnen und Klienten können nicht gezwungen werden, sich psychisch oder physisch an der Leistungserbringung zu beteiligen. Deshalb ist die Qualität der Leistung in hohem Maße mitbedingt durch die Kooperationswilligkeit aber auch die Kooperationsfähigkeit der Klientinnen und Klienten“, verdeutlicht den Stellenwert der Mitwirkung. Die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger ist für die Qualität der Pflege ebenfalls entscheidend. Wie aber kann es gelingen, Bürgerinnen und Bürger für ein Engagement in der Pflege zu gewinnen?

Engagierte lassen sich nicht im klassischen Sinne rekrutieren. Sie werden keine Aufgaben übernehmen, die der Träger abgeben möchte, sondern sie möchten eine für ihre Bedürfnisse passende Engagementtätigkeit finden. Motivationen von Freiwilligen sind deshalb für deren Gewinnung entscheidend.

Ehrenamtliche nehmen aus unterschiedlichen Gründen eine Tätigkeit im Pflegebereich auf. In der Vergangenheit wurden altruistische und religiös-karitative Gründe erörtert. Mehr und mehr lässt sich erkennen, dass sich Menschen auch aus egoistischen Motiven engagieren. Das klingt schlimmer als es ist. Unter dem Motiv Egoismus lassen sich vielfältige Absichten zusammenfassen. Sinnerfahrungen, soziale Eingebundenheit, Lerngelegenheiten, berufliche Qualifikationen, aber auch Spaß und Abenteuer sind darunter zu verstehen. All das sind Motive, die bei der Gewinnung von Freiwilligen beachtet werden sollten.

Perspektiven, Herausforderungen und Grenzen

Die zunehmende Dienstleistungsorientierung ist mittlerweile in allen Bereichen in Deutschland verankert. Auch für den Bereich Pflege kann eine stärkere Dienstleistungsorientierung, die eine Kooperation zwischen sozialer Arbeit und Pflege beinhaltet, ein effizientes Zukunftsmodell sein. Um den Ansatz in die Praxis zu übertragen, sollten Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf Inklusion sensibilisiert und (kommunale) Gestaltungsmöglichkeiten konsequent genutzt werden.

Der aktivierende Sozialstaat kann an dieser Stelle Möglichkeiten bieten. Dabei sollte der aktivierende Sozialstaat im fiskalischen sowie pädagogischen Sinne als Chance verstanden werden und nicht als Gegensätzlichkeit. Das heißt, durch bürgerschaftliches Engagement werden unentgeltlich Aufgaben geleistet, die mit monetären Einsparungen verbunden sind. Dies kann kritisch diskutiert werden. Unkritisch sind aber die vielen positiven Auswirkungen – wie ein längeres und aktives Leben oder eine höhere Lebenszufriedenheit–, die bürgerschaftliches Engagement auf den Einzelnen haben kann. Fiskalisch und pädagogisch lassen sich somit Gründe für einen aktiven Sozialstaat benennen. Das Mitwirken der Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen Aufgaben besitzt allerdings klare Grenzen. Dort, wo professionelle Hilfe notwendig ist, kann bürgerschaftliches Engagement keine Kompensation bieten. Tätigkeitsbereiche sollten klar abgegrenzt, Professions-Domänen respektiert und aufrechterhalten werden.

Fazit

Es existieren keine Patentlösungen, sondern Bündel an Maßnahmen, um bürgerschaftliches Engagement in der Pflege zu ermöglichen und langfristig zu etablieren. Um die richtigen Bausteine zu finden, müssen wir ausprobieren und modifizieren. In Deutschland werden bereits viele Maßnahmen gut umgesetzt. Kommunale Unterstützungen und Förderungen werden bereitgestellt. Bürgerinnen und Bürger werden motiviert, sich an der Pflege zu beteiligen.

Engagementförderung wird auch zukünftig ein relevantes Thema bleiben. Vor allem (kommunale) regelmäßige Förderungsmodelle und die Unterstützung der Ehrenamtlichen sind entscheidende Faktoren einer gelingenden Engagementförderung. Der ländliche Raum besitzt hier viele Vorteile. Enge Netzwerkstrukturen ermöglichen die Umsetzung flexibler Maßnahmen und die direkte Ansprache potenzieller Freiwilliger. Zukünftig sollten neue Modelle einer lebensweltorientierten Pflege ermöglicht und erprobt werden.

Podiumsdiskussion

Annemarie Gerzer-Sass (Moderatorin), Ines Henke, Prof. Dr. Jörn Dummann, Christiane Viere

Welchen Stellenwert hat bürgerschaftliches Engagement im Umfeld von Pflege für den Bund und wo sieht er Handlungsbedarfe?

Christiane Viere

Bürgerschaftliches Engagement im Umfeld von Pflege ist ein gesellschaftspolitisches Kernthema und somit auch für unser Haus bedeutend. Es ist deshalb so wichtig, weil gerade ehrenamtlich engagierte Menschen einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen leisten. Um den Anliegen und Wünschen von betroffenen Familien noch besser gerecht zu werden, ist es besonders wichtig, Vernetzungsstrukturen zu schaffen und weiterzuentwickeln, in die auch bürgerschaftlich engagierte Menschen eng eingebunden sein müssen. Die von uns auf den Weg gebrachten lokalen Allianzen für Menschen mit Demenz sind dafür das beste Beispiel. Wir verfolgen das Ziel, nicht nur Pflege sondern gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Nicht zu-

letzt die Reform der Pflegeversicherung und die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs sind zwei der großen Themen, die wir in diesem Zusammenhang angehen.

Welches sind die größten Herausforderungen?

Ines Henke

Pflege darf nicht separiert betrachtet werden. Neben der professionellen Pflege ist die Einbettung in ein soziales Gefüge wichtig. Insofern sollte es oberstes Ziel sein, Pflege möglichst wohnortnah sicherzustellen. Dies kann nur unter Einbindung einer Vielzahl von Akteuren, und dazu gehören auch Ehrenamtliche, erfolgen. Die Gewinnung von Ehrenamtlichen wird somit eine zentrale Herausforderung sein. Hier gilt es, neue Wege zu beschreiten, Ehrenamtliche vor Ort zu gewinnen und zu binden.

Annemarie Gerzer-Sass

Ist die Engagementbereitschaft in der Pflege im ländlichen Raum genauso ausgeprägt wie in der Stadt?

Prof. Dr. Jörn Dummann

Unabhängig vom Wohnort, engagieren sich Menschen aufgrund bestimmter Motive. Um welche Motive es sich dabei handelt, kann durchaus auf dem Land anders ausgeprägt sein als in der Stadt. Ein Beispiel: Menschen, die sich engagieren, um anschließend bessere Berufschancen zu haben, benötigen entsprechende Berufsperspektiven. Ganz klar, dass sich diese zwischen Stadt und Land unterscheiden bzw. diese anders wahrgenommen werden.

Wie kann bürgerschaftliches Engagement im Umfeld von Pflege gefördert werden?

Ines Henke

Zunächst einmal sollten die Pflegebedarfe ermittelt werden. Dazu sollten die Bevölkerungs- und Versorgungsstruktur betrachtet werden. Nach diesen Analysen können gezielte Anreizmechanismen für bürgerschaftliches Engagement entwickelt und implementiert werden. Ein Beispiel hierfür ist die Ehrenamtskarte. Ebenfalls wichtig sind Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die Informationen bereithalten und die Ehrenamtliche betreuen. Kommunen, die bürgerschaftliches Engagement fördern wollen, benötigen in jedem Fall *verantwortliche, nach Möglichkeit in hauptamtliche Strukturen eingebundene*, Koordinatoren.

Welche Möglichkeiten zur Bindung von Engagierten in der Pflege gibt es im ländlichen Raum?

Prof. Dr. Jörn Dummann, Christiane Viere

Prof. Dr. Jörn Dummann

Menschen müssen sich mit der Aufgabe identifizieren können. Nur wenn das Engagement die individuellen Erwartungen erfüllt, werden sich Menschen langfristig einsetzen. Die Bindung von Engagierten fängt somit schon bei der Gewinnung an. Versuchen Sie die genauen Engagementmotive zu eruieren und ein passendes Engagement zu finden. Betrachten Sie, was Menschen gerne von sich einbringen möchten, und nicht, welche Aufgaben übernommen werden sollten. Wenn Personen ein für ihre Motive passendes Engagement gefunden haben, bedarf es fester Strukturen, um sie längerfristig zu binden. Koordination und Begleitung sind ebenfalls wichtige Voraussetzungen für die Bindung Ehrenamtlicher.

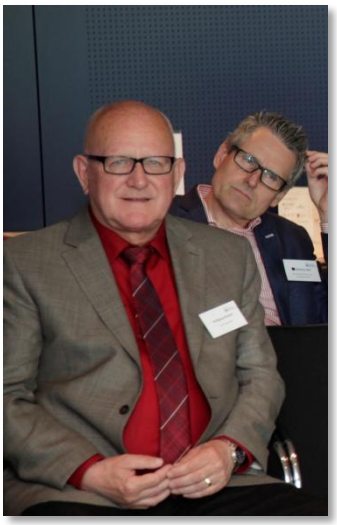
Zusammenfassung der Arbeitsgruppen – Input und Erkenntnisse

Arbeitsgruppe 1 – Pflegeergänzende Infrastrukturangebote: Heraus forderungen und Lösungsansätze

Moderatorin:
Annemarie Gerzer-Sass
… ist Leiterin der Serviceagentur „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“ der pme Familienservice GmbH.

Zentrale Punkte der Präsentation von Wolfgang Rückert

Wolfgang Rückert
… ist stellvertretender Bürgermeister der Gemeinde Langenfeld und seit vielen Jahren ehrenamtlich im Mehrgenerationenhaus Langenfeld tätig.



Wolfgang Rückert

Herr Rückert stellte das Mehrgenerationenhaus „Dorflinde“ vor. Das Mehrgenerationenhaus befindet sich in der Gemeinde Langenfeld; eine 1.000 Einwohner starke Gemeinde, die mit den strukturellen Herausforderungen ländlicher Region konfrontiert ist. Um den Gemeinschaftssinn zu stärken und eine zentrale Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger in der Region zu etablieren, wurde das Mehrgenerationenhaus „Dorflinde“ gegründet. In dem Haus werden bedarfsgerechte Angebote für verschiedene Altersgruppen ermöglicht. Das breite Angebot wird durch professionelle Akteure (bspw. des Handwerks und der Pflege) und durch die Mitwirkung von Ehrenamtlichen gesichert. Im Mehrgenerationenhaus werden Aktivitäten wie Seniorenbewegungsprogramme sowie Kultur- und Freizeitgestaltungen angeboten. Weiterhin wird Beratung, bspw. zu Pflegeeinstufungen und Pflegedienstleistern sowie zu nachhaltigen Wohnkonzepten, ermöglicht. Zukünftig soll eine betreute Wohngruppe und eine Tagespflege mit Wohnplätzen eingerichtet werden.

Herr Rückert betonte die breite Akzeptanz des Mehrgenerationenhauses in seiner Gemeinde. Insbesondere Personen mittleren und höheren Alters kommen im Mehrgenerationenhaus „Dorflinde“ zusammen.

Zentrale Punkte der Präsentation von Iren Steiner

Iren Steiner

… ist Leiterin der Agentur „Pflege engagiert“ und Fachberaterin für das Modellprojekt „BesT – Bürgerengagement sichert Teilhabe“ des Paritätischen Bildungswerkes e. V. Baden-Württemberg im Auftrag des Landesseniorenrates.

„Mit „**Pflege engagiert**" wurde in Baden-Württemberg eine landesweite Beratungs- und Vermittlungsagentur zur Förderung bürgerschaftlicher Strukturen sowie der Selbsthilfe in der Pflege geschaffen. Die Agentur unterstützt interessierte Träger und Gruppen (v. a. im ländlichen Raum) bei der Planung, Antragstellung und Umsetzung von pflegebegleitenden Angeboten und arbeitet nach ähnlichen Verfahren wie die Alzheimer Gesellschaft bei der Unterstützung der Betreuungsgruppen nach § 45 c SGB XI. Es handelt sich dabei um ein Modellvorhaben gemäß § 45 d SGB XI des Landesseniorenrates Baden-Württemberg e. V. in Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Bildungswerk Landesverband Baden-Württemberg e. und mit Mitteln des Landes und der Pflegekassen.“ (http://www.pflege-engagiert.de/)

„BesT“ hat die Entwicklung guter Beispiele für Freiwilligen-Initiativen zum Thema „Lebensqualität und Unterstützung bei Pflege zu Hause“, die als Best-Practice-Modelle zur Nachahmung animieren sollen, zum Ziel.

Frau Steiner ging in ihrem Impuls auf benötigte Infrastrukturen zum Aufbau des Ehrenamts und der Selbsthilfe nach § 45 d SGB XI in Baden-Württemberg ein. In Baden-Württemberg wurde(n) zur Förderung pflegeflankierender Maßnahmen

- ein Koordinierungsausschuss beim Sozialministerium eingerichtet,
- ein Koordinierungsverfahren für §§ 45 c und d SGB XI auf Landesebene etabliert,
- Antragsberatungs- und Antragsbegleitungsinfrastruktur (§§ 45 c und d SGB XI) ermöglicht,
- zusätzliche Anreize geschaffen, bspw. durch Modellprojekte und
- Informationsstrategien entwickelt.

Die Maßnahmen haben zur Bekanntheitssteigerung der Fördermöglichkeiten nach §§ 45 c und d SGB XI in Baden-Württemberg beigetragen. In den letzten Jahren stieg die Zahl bewilligter Förderanträge gemäß des § 45 d SGB XI von 67 (2012) auf 80 (2013). In vier verschiedenen Themenbereichen werden Modellprojekte gefördert:

- Thema 1: Selbstständigkeit erhalten (30)
- Thema 2: Soziale Einbindung im Quartier (27)
- Thema 3: Unterstützung von pflegenden Angehörigen (19)
- Thema 4: Prävention bei Pflegebedürftigkeit (4)

Der quantitativ wichtigste Förderbaustein ist die Erhaltung der Selbstständigkeit. Die Versorgung zu Hause ist und bleibt eines der zentralen Themen im Pflegekontext. Bei der Entwicklung von Wohnquartieren kann eine zunehmende interkulturelle Öffnung (in Baden-Württemberg) beobachtet werden. Auch kann festgestellt werden, dass mehr Projekte im ländlichen Raum als in urbanen Regionen umgesetzt wurden.

Die detaillierte Ausgestaltung der themenbezogenen Projekte erfolgt vor Ort. Dabei sollen „lokale Antworten auf lokale Herausforderungen“ ermittelt werden. Frau Steiner erläuterte, dass durch dieses Vorgehen der regionale Reichtum bewahrt wird. Für den Erfolg der Projekte sind neben der kommunalen Verankerung auch die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger sowie die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt entscheidend. Pflege ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die durch Agenda- und Bürgerbeteiligungsprozesse begleitet werden sollte.

Tabelle 1: Informationen zum Aufbau von Initiativen nach § 45 d SGB XI (mit zusätzlicher Landesförderung)

Seniorennetzwerke	Pflegebegleiterinitiativen
• Vernetzt wirkende Initiativen von bürgerschaftlich Engagierten in Kirchengemeinden, Vereinen, Kommunen, Stadtteilen. • Erbringung niedrigschwelliger Dienstleistungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen, bspw. betreutes Wohnen zu Hause. • Aufwandserstattung möglich, soweit die Übungsleiterpauschale nicht überschritten wird.	• Vernetzt wirkende örtliche Initiativen von bürgerschaftlich Engagierten in Kirchengemeinden, Vereinen, Kommunen, Stadtteilen. • Unterstützung von pflegenden Angehörigen, um ihnen Freiräume zur Erholung und Orientierung in schwierigen Alltagssituationen zu verschaffen.

Quelle: Vortrag Iren Steiner, eigene Aufbereitung

Kernaussagen der Arbeitsgruppe

Welche politischen und strukturellen Rahmenbedingungen sind zum Gelingen pflegebegleitender Infrastrukturangebote entscheidend? Welche Angebote werden im ländlichen Raum gut angenommen?

Die Koordinierung und Umsetzung der Fördervorhaben wird auf Landesebene vollzogen. Kommunen tragen durch eine unterstützende Verwaltung, Expertise sowie Beratungs- und Begleitangeboten zur Umsetzung pflegeflankierender Maßnahmen bei. Darüber hinaus ist ebenfalls eine Vielzahl an Trägern, aber auch die Zivilgesellschaft maßgeblich an der Pflege beteiligt. Begünstigende Rahmenbedingungen und Infrastrukturangebote können geschaffen werden, wenn alle Akteure kooperativ zusammenarbeiten.

Begünstigende Rahmenbedingungen können geschaffen werden, wenn die bestehenden Barrieren weiter abgebaut werden. Exemplarisch wurde die Beantragung von Fördermitteln genannt. Oftmals sind Praktiker mit der Antragstellung überfordert. Kommunen könnten an dieser Stelle unterstützend zur Seite stehen und dadurch zur (wahrgenommenen) Entbürokratisierung der Förderprozesse beitragen.

Im ländlichen Raum werden vor allem Angebote gut angenommen, die einer sinkenden Mobilität entgegenwirken (bspw. Wegbegleiter). Auch Beratungs- und Informationsangebote für pflegende Angehörige erfahren großen Zuspruch. Solche Angebote stellen jedoch nur eine unwesentliche Hilfe für pflegende Angehörige dar. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verwiesen darauf, dass Angehö-

rige sich in erster Linie direkte Entlastungen durch sogenannte „Kümmerer“ und unterstützende Selbsthilfe wünschen.

Nach Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollten sich Kommunen nicht auf die Förderung einzelner Leuchtturmprojekte fokussieren, sondern ein breites Angebot ermöglichen. Durch ein solches Vorgehen kann auf die unterschiedlichen Bedarfslagen der Betroffenen eingegangen werden.

Welche Herausforderungen und Lösungsansätze gibt es hinsichtlich der Umsetzung der pflegebegleitenden Infrastrukturangebote im ländlichen Raum?

Konzeption und Umsetzung

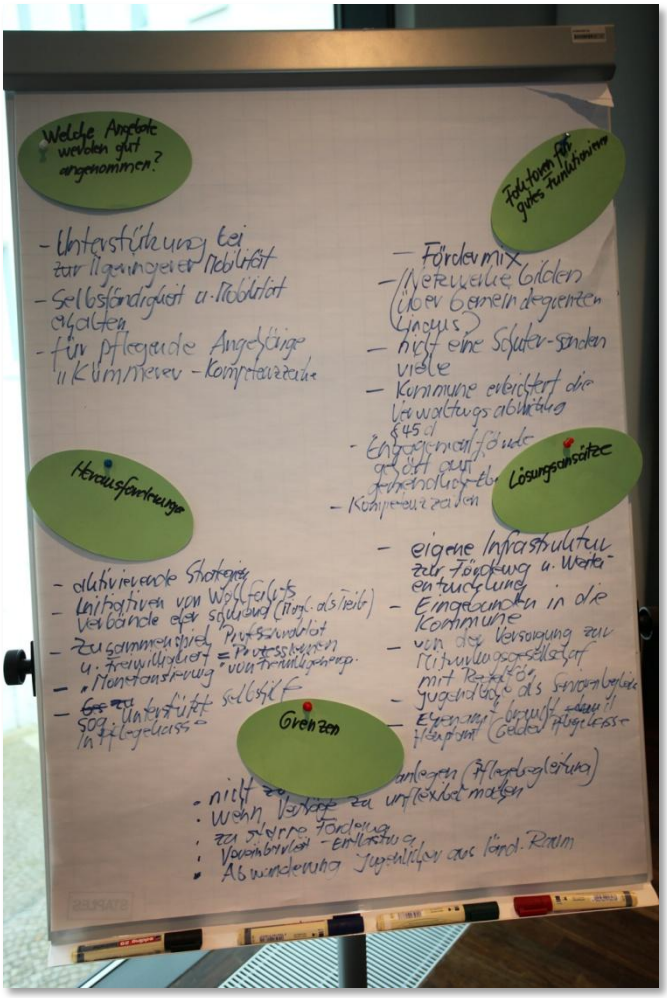
Die Etablierung einer geeigneten Infrastruktur kann nach Ansicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht allein von den Kommunen, den Verbänden und/oder sozialen Trägern geleistet werden. Eigeninitiativen und bürgerschaftliches Engagement sind gefragt, um Pflege zu ermöglichen. Durch den Wandel von einer Versorgungs- zu einer Mitmachgesellschaft können die dafür notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

„Je besser, stabiler und klarer die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt sind, desto besser gewinnen wir Ehrenamtliche. Deswegen ist es wichtig, langfristige Strategien zur Förderung der Infrastrukturen zu schaffen. Nur wenn Ehrenamtliche auch den langfristigen Nutzen ihres Engagements erkennen, werden sie sich engagieren.“

Thorsten Herrmann

Vernetzung, Informationen und Koordination

Pflegeflankierende Maßnahmen sollten nicht isoliert umgesetzt werden, sondern sich gegenseitig ergänzen. Dazu ist nach Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein aktiver Austausch zwischen den Akteuren und deren Einbindung in kommunale Prozesse wichtig. Selbst in einer aktiven Bürgerschaft kann bürgerschaftliches Engagement im Umfeld von Pflege nicht allein durch Engagierte initiiert, koordiniert und realisiert werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer betonten deshalb die Bedeutung des Hauptamts zur Aktivierung und Sicherstellung des Ehrenamts.



Arbeitsergebnisse

Zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Pflegebereich wurden bereits vielzählige Projekte umgesetzt. Die Erfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben jedoch gezeigt, dass die genauen Fördermöglichkeiten flächendeckend zu wenig bekannt sind. Fördermaßnahmen zum Aufbau von Netzwerken und Gesprächsgruppen gemäß § 45 d SGB XI könnten an dieser Stelle Lösungspotenziale bieten, werden nach Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bislang jedoch noch nicht flächendeckend umgesetzt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fordern deshalb Aufklärung über bestehende Fördermöglichkeiten sowie den Aufbau von Vernetzungs- und Informationsstrukturen. Möglich wäre dies bspw. durch die Etablierung sogenannter Koordinations- und Beratungsstellen, die Hinweise und Hilfestellungen bei der Prüfung der Fördervoraussetzung und bei der Antragstellung bieten. Solche Stellen könnten auf Kommunen oder Landesebene eingerichtet werden.

Neben den strategischen Herausforderungen konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch praxisbezogene Problemlagen aufdecken. Dies betrifft insbesondere die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen. Für eine kooperative Zusammenarbeit sind Koordination, Abgrenzungen von Kompetenz- und Tätigkeitsbereichen sowie Akzeptanz und Toleranz erforderlich. Praktisch lässt sich dies umsetzen, indem konkrete Ansprechpartner, die für die Koordination zuständig sind, benannt werden. Die Ansprechpartner sollten zudem Konzepte zur Einbindung von Ehrenamtlichen in pflegerische Versorgungsprozesse erarbeiten und diese den Haupt- und Ehrenamtlichen vorstellen. Darüber hinaus begünstigen Begegnungsstätten bzw. -punkte, wie Aufenthaltsräume oder gemeinsame Feierabendaktivitäten, den Zusammenhalt. Neben begünstigenden Faktoren stellten die Teilnehme-

rinnen und Teilnehmer fest, dass finanzielle Entlohnung sich negativ auf die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen auswirkt.

„Es gibt die Tendenz zur stundenweisen Entlohnung. Hier stellt sich für mich die Frage: Ist das noch freiwilliges Engagement oder wird an dieser Stelle ein grauer Arbeitsmarkt eröffnet?“

Doris Heineck

Zusammenfassend bedarf es nach Ansicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer neuer Konzepte des bürgerschaftlichen Engagements, die in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs eingebettet sind. Bürgerschaftliches Engagement sollte ein fester Bestandteil der ländlichen Unterstützungslandschaft sein. Dies kann gelingen, indem gute Rahmenbedingungen geschaffen sowie Kooperationen zwischen Freiwilligen, sozialen Trägern und Kommunen ausgebaut werden. Dabei sollte der Eigensinn des Ehrenamtes bewahrt und gefördert werden. Monetarisierungsdebatten, der zunehmende Dienstleistungscharakter des Ehrenamtes und gesetzliche Reglementierungen wirken sich nach Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer hemmend auf das Engagementfeld Pflege aus.

Eindrücke aus dem Fachworkshop

„Mir stellt sich die Frage: Wo sind die Grenzen des Quartiers? Wenn die Besiedlung im ländlichen Raum so dünn ist, dass kaum noch Infrastrukturen vorhanden sind, sind dann noch Potenziale für bürgerschaftliches Engagement vorhanden? Welche speziellen Herausforderungen ergeben sich für solche Regionen?“

Heike Nordmann

„Die Grenze ist da erreicht, wo ein Mindestmaß an Professionalität nicht mehr gehalten werden kann. Was verbirgt sich dahinter? Professionelle Aufgaben können nur von Fachkräften erledigt werden. Insofern ist die Abgrenzung der Aufgabengebiete zwischen Haut- und Ehrenamt entscheidend. Müssen Ehrenamtliche Aufgaben von Hauptamtlichen übernehmen, so ist die Professionalität nicht mehr gegeben.

In Bereichen wie der Jugendhilfe gibt es bereits klare Abgrenzungen der Aufgabenbereiche zwischen Haupt- und Ehrenamt. Zukünftig ist es wichtig, auch für den Bereich Pflege klare Profile für Haupt- und Ehrenamtliche auszuarbeiten.“

Prof. Dr. Jörn Dummann

Arbeitsgruppe 2 – Qualifizierung

Moderatorin Dr. Anette Barth

… ist Geschäftsführerin des Lokalen Bündnis für Familie e. V.

Dr. Anette Barth

Zentrale Punkte der Präsentation von Sabine Jansen

Sabine Jansen

… ist Geschäftsführerin der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e. V.

Menschen mit Demenz benötigen oftmals nur geringfügige Unterstützungen, um am gesellschaftlichen Leben weiterhin teilzuhaben. Ein Demenzerkrankter braucht bspw. eine Begleitung bei Spaziergängen, um den Weg nach Hause zu finden. Solche Unterstützungsbedarfe können durch das soziale Netzwerk sowie ehrenamtliche oder aufmerksame Bürgerinnen und Bürger geleistet werden. Um eine solche Unterstützungskultur zu ermöglichen, bedarf es jedoch Informationen, die zur gesellschaftlichen Sensibilisierung des Themas Demenz beitragen.

Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft e. V. (DAIzG) widmet sich diesen Aufgaben. Sie bietet Beratung und Entlastung für Menschen mit Demenz und deren Angehörigen sowie Interessierten an. In persönlichen Gesprächen und über Telefonhotlines, Selbsthilfegruppen und entlastenden Angeboten

(z. B. Betreuungsgruppen, Helferkreise, betreute Urlaube, Tagespflege, Bewegungsangebote) werden Informationen bereitgestellt und Unterstützungsleistungen ermöglicht. Darüber hinaus setzt sich die DAIzG für die Förderung in Wissenschaft und Forschung ein, vernetzt Akteure und schult bürgerschaftlich Engagierte.

Die Qualifizierung von Personen, die sich im Engagementfeld Pflege mit besonderem Fokus auf Demenzerkrankte engagieren möchten, ist notwendig, da

- die Kommunikation und der Umgang mit Menschen, die an Demenz erkrankt sind, gelernt sein muss,
- Betreuung und Pflege sich manchmal überschneiden,
- Angehörige sich in einer besonders belasteten Situation befinden, für die sie Verständnis und Unterstützung benötigen und
- Fragen zum Umgang mit Demenzerkrankten im Vorfeld geklärt werden sollten.

Die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen für Engagierte im ländlichen Raum ist mit besonderen Herausforderungen für die DAIzG verbunden. Aufgrund der geringen Besiedlungsdichte können oftmals nur wenig Schulungsteilnehmerinnen und -teilnehmer gewonnen werden. Zur Erreichung einer breiten Zielgruppe bietet die DAIzG telefonische Beratungen und Informationen an. Darüber hinaus werden mithilfe elektronischer Medien orts- und zeitunabhängig Informations- und Weiterbildungsangebote ermöglicht (bspw. E-Learning, Foren, virtuelle Kurse). Durch eine enge regionale Vernetzungsstruktur wird versucht, mit vielen Personen vor Ort – darunter auch betroffene Familien – in Kontakt zu treten. Engagierte, Betroffene, deren Angehörige, aber auch Akteure der regionalen Wirtschaft sowie öffentlicher Institutionen sollen zusammengeführt werden, um gemeinsam zur Sensibilisierung und zur aktiven Unterstützung Demenzerkrankter beizutragen.

Sabine Jansen

Die Durchführung von Schulungsmaßnahmen ist an Herausforderungen gebunden. Zur Bewältigung der weiten Fahrwege sind Ressourcen (bspw. Zeit, Geld) erforderlich. Auch kann das persönliche Gespräch nicht durch die Möglichkeiten technischer Kommunikationskanäle ersetzt werden. Die Be-

ratung über das Internet kann den persönlichen Kontakt nicht immer ersetzen, da aufgrund der Komplexität der Thematik, der räumlichen Distanzen und der fehlenden Vertrautheit die Beratungsqualität gemindert wird. Ungeachtet dieser Herausforderungen ist die DAIzG um eine flächendeckende Sensibilisierung im Umgang mit Demenz bemüht.

Zentrale Punkte der Präsentation von Horst Weipert

Horst Weipert

… ist Leiter der Sozialakademie Potsdam der AWO SANO gGmbH und in diesem Zusammenhang verantwortlich für die Projekte „Netzwerk pflegeBegleitung“ und „Leben mit Familienanschluss“.

Horst Weipert

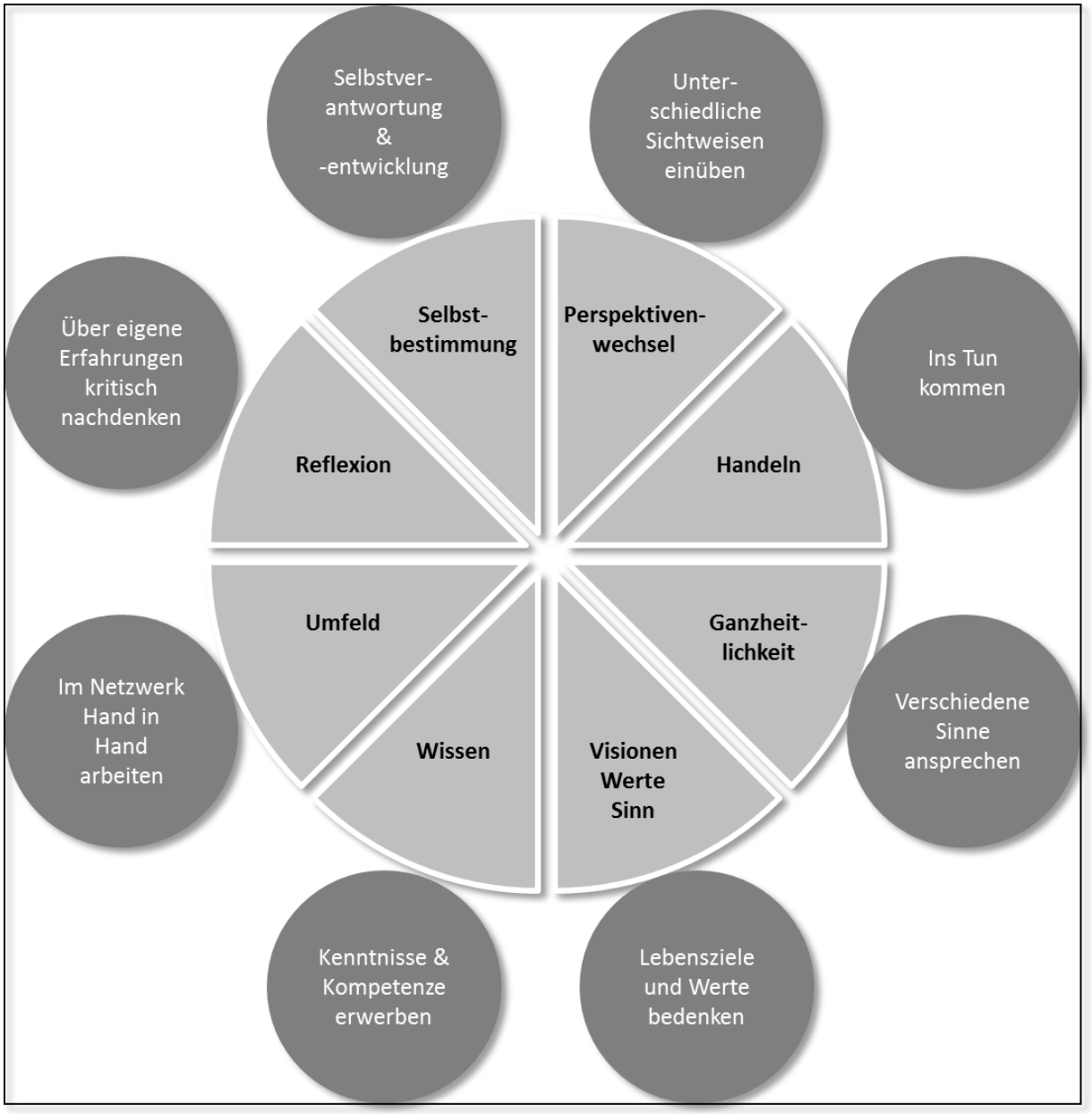
Die Komplexität in der Pflege hat in den letzten Jahren zugenommen. Dies liegt mitunter auch an der Zusammenführung unterschiedlicher Akteursgruppen, die gemeinsam den Pflegemix ermöglichen sollen. Ein kooperativer Pflegemix kann nur durch reflektiertes Handeln, Kompetenzzuweisungen und kontextspezifische Fähigkeiten gelingen. Zu diesem Zweck sollten Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Bürgerschaftliches Engagement geht mit Teilhabe einher. Aus diesem Grund sollten auch die Lernkonzepte für Engagierte möglichst selbst gesteuert sein. Mithilfe eines selbstbestimmten Lernkonzeptes sollten Freiwillige eigenständig ausloten können, in welcher Weise sie Unterstützung leisten möchten. In dem Modellprogramm Pflegebegleiter wurde ein solches Lernkonzept ausgearbeitet.

Im Mittelpunkt des Lernkonzeptes steht ein intensiver Austausch zwischen den Freiwilligen. Der dialogische Ansatz soll das gegenseitige Lernen fördern und so Lernsynergien ermöglichen. Zusammen-

gefasst ist das Konzept im Lern-Kompass.[5] In diesem werden unterschiedliche Dimensionen des didaktischen Lernkonzeptes beleuchtet. Der Lern-Kompass kann als Leitfaden für Weiterbildungskurse und Reflexionsgespräche mit Engagierten eingesetzt werden.

Abbildung 1: Lern-Kompass



Quelle: eigene Aufbereitung in Anlehnung an Bubolz-Lutz 2010, S. 4

[5] Kurskompass

Kernaussagen der Arbeitsgruppe

Welche Herausforderungen, Grenzen und Lösungsansätze gibt es hinsichtlich der Qualifizierung von freiwillig Engagierten im ländlichen Raum?

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe diskutierten zunächst den positiven Einfluss von Qualifizierungsmaßnahmen auf die Qualität der Pflege. Durch Informationen und Wissensvermittlung kann die Qualität von Unterstützungs- und Pflegeleistungen maßgeblich verbessert werden. Mit zunehmender Qualität steigt wiederum die Zufriedenheit der Personen, die am Pflege- und Betreuungsprozess beteiligt sind. Qualifizierungen, Pflegequalität und Zufriedenheit sind demnach eng miteinander verbunden.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gaben zu bedenken, dass sich Qualifizierungsmaßnahmen ebenfalls positiv auf die Gewinnung und Bindung von Engagierten auswirken können. Durch Informationen und Schulungen kann ein niedrigschwelliger Einstieg in den Engagementbereich Pflege ermöglicht werden. Engagementbereite Personen erhalten so die Möglichkeit, sich über Unterstützungsmaßnahmen für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige zu informieren und sich auf die zukünftige Aufgabe vorzubereiten. Aufgrund des positiven Effektes von Qualifizierungsmaßnahmen auf die Zufriedenheit mit der ausgeführten Aufgabe kann eine nachhaltige Bindung der Engagierten sichergestellt werden. Nach Ansicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden die Potenziale und Notwendigkeiten von Qualifizierungsmaßnahmen im Engagementfeld Pflege allerdings noch verkannt.

Die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen im ländlichen Raum ist in der Praxis oftmals problematisch. Häufig können nur wenige Personen für die Teilnahme gewonnen werden. In solchen Fällen lohnt sich die Durchführung für den Träger nicht. Zusätzliche Kosten für die Träger bspw. aufgrund weiter Wegstrecken führen dazu, dass in ländlichen Regionen seltener Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt werden als in urbanen Räumen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gaben zu bedenken, dass für die unterschiedlichen Bedarfe der Betroffenen und Engagierten verschiedene Qualifizierungsangebote erstellt werden sollten (bspw. Qualifizierung im Umgang mit Demenz, Engagement im häuslichen Umfeld, kultursensible Pflege). Dies ist bspw. möglich, wenn Kooperationen zwischen den Trägern, öffentlichen Institutionen und Vertretern der Zivilgesellschaft geschlossen werden. Bestandteil der Kooperationen sollte nach Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Festlegung von Standards und die Vereinbarung über einheitlich anerkannte Zertifikate sein. Nach Ansicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer können

verbindliche Standards, anerkannte Qualifizierungsangebote und Zertifikate zur Gewinnung von Freiwilligen, Erhöhung der Teilnehmerzahlen an Weiterbildungsprogrammen und zur Reduzierung von Wettbewerben unter den Trägern beitragen.

Abschließend wurde angemerkt, dass insbesondere bei sensiblen Themen, wie Pflege und Demenz, Neutralität eine Schlüsselkomponente der Beratungs- und Qualifizierungsqualität ist. Bei Weiterbildungsmaßnahmen kommen Menschen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen, Sozialisierungen und charakterlichen Eigenheiten zusammen. Die stark emotional aufgeladene Thematik verringert den neutralen Blick. Um eine sachliche und produktive Gesprächsatmosphäre zu schaffen, wurde die Empfehlung ausgesprochen, dass ortsfremde Personen die Schulungen durchführen sollten.

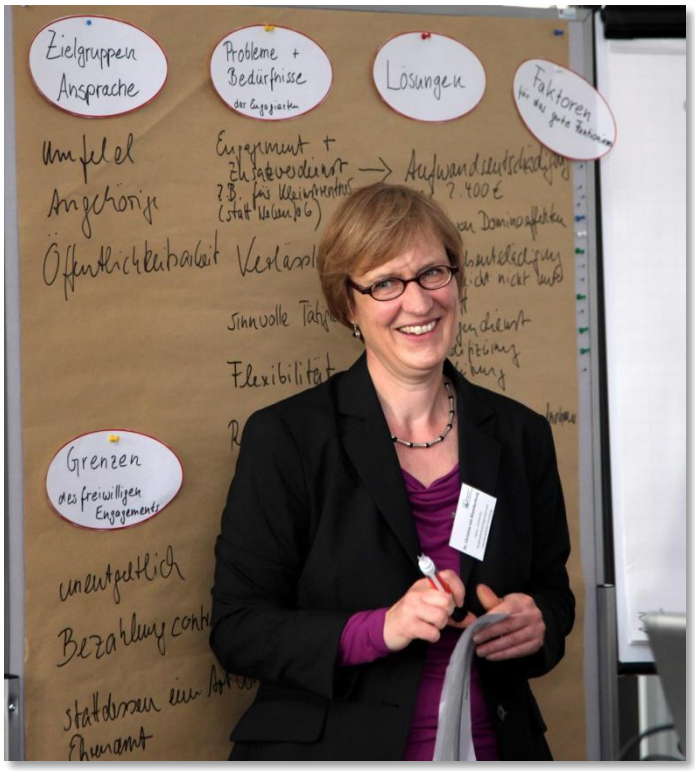
Demografischer Wandel und Migration

Die Bevölkerung in Deutschland ist durchaus multikulturell. Dies betrifft auch den ländlichen Raum. 19,2 % der Menschen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund (vgl. destatis 2014a). In den nächsten Jahren werden vor allem in den höheren Alterskohorten mehr Menschen mit Migrationshintergrund erwartet. Diese Entwicklung hat Auswirkungen auf die Pflegeversorgung. Pflege, auch im ländlichen Raum, sollte interkultureller und vielfältiger gedacht werden.

Arbeitsgruppe 3 – Gewinnung von Freiwilligen und ihre nachhaltige Motivation / Bindung

Moderatorin Christine von Blanckenburg

… ist Leiterin des Bereiches „Bürgergesellschaft“ beim nexus-Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung.



Dr. Christine von Blanckenburg

Zentrale Punkte der Präsentation von Elisabeth Bäther und Christa Krollzig

Elisabeth Bäther

… ist Projektkoordinatorin des Mehrgenerationenhauses Dülmen.

Christa Krollzig

… ist Erste Beigeordnete der Stadt Dülmen.

Frau Bäther und Frau Krollzig erläuterten Maßnahmen, die in der Stadt Dülmen umgesetzt wurden, um bürgerschaftliches Engagement zu fördern. Sie gingen dabei insbesondere auf pflegeflankierende Angebote ein.

Elisabeth Bäther

Seit 2008 gibt es das Mehrgenerationenhaus Dülmen, welches sich in Trägerschaft der Stadt Dülmen befindet. Das Projekt wird in enger Kooperation mit der Familienbildungsstätte Dülmen / Katholisches Bildungsforum durchgeführt. Diese befasst sich mit dem Schwerpunkt „Alter und Pflege“. Im Mehrgenerationenhaus werden unterschiedliche Unterstützungsmöglichkeiten, wie Seniorenbegleitungen durch Jugendliche, Selbsthilfegruppen für Schlaganfall- und Parkinsonpatientinnen und -patienten sowie Gesprächskreise für Angehörige sind Angebote des Hauses angeboten.

Durch das Mehrgenerationenhaus wird zudem der Übergang vom Ehrenamt zur Erwerbsarbeit gefördert. Zu diesem Zweck werden Weiterbildungsmaßnahmen gemäß der § 45 b SGB XI und § 87 b Abs. 3 SGB XI zur Betreuungsassistentin bzw. zum Betreuungsassistenten nach dem Dülmener Modell angeboten. Ungefähr 1.000 Bürgerinnen und Bürger haben das Qualifizierungsangebot seit 1999 wahrgenommen. Das Angebot ist nicht auf einen bestimmten Träger limitiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können nach der erfolgreichen Qualifizierung einen Träger wählen, bei dem sie sich gerne engagieren möchten.

Zur Gewinnung von Freiwilligen wird auf die Engagementangebote in den lokalen Medien hingewiesen (bspw. in kostenlosen Marktblättern, regionalen Rundfunk- und Fernsehsendungen). Die Akquise neuer Freiwilliger erfolgt häufig in Kooperation mit der Freiwilligenbörse Dülmen und insbesondere über persönliche Ansprachen.

Um Engagierte langfristig zu binden, wird auf deren Wünsche und Bedürfnisse eingegangen. Den Engagierten steht ein persönlicher Ansprechpartner zur Seite. Weiterhin wird in Gruppengesprächen

Christa Krollzig

und Beratungsangeboten ein permanenter Austausch zwischen den Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen ermöglicht. Engagierte haben somit die Möglichkeit Informationen zu erhalten, Fragen zu klären und Sorgen zu teilen. Durch die engen Vernetzungsstrukturen wird ein vertrauensvolles Umfeld geschaffen. Vertrauen und Wertschätzung (bspw. durch eine Dankeskultur) werden als Basis für eine langfristige Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen in Dülmen angesehen.

Um die Folgen des demografischen Wandels positiv zu gestalten, möchte die Stadt Dülmen mit einer Reihe von Partnern ein Intergeneratives Zentrum errichten. Das Zentrum soll ein inklusiver, interkultureller und innovativer Ort der Begegnung sein, an dem Ehrenamtliche und Hauptamtliche zusammen das gesellschaftliche Miteinander fördern und gestalten. Es soll eine Begegnungsstätte entstehen, in der alle Generationen ihren Platz haben und sich wie selbstverständlich im Alltag begegnen. Das Miteinander der Generationen soll, wie im früheren Modell der Großfamilie, bewahrt und geschützt werden. Menschen mit Behinderung werden in dem Zentrum ermuntert, neue soziale Netzwerke zu knüpfen. Für Menschen unterschiedlicher Kulturen werden neue Angebote der Begegnung und des Austauschs entstehen.

Zentrale Punkte der Präsentation von Doris Heineck

Doris Heineck

… ist Mitarbeiterin der Freiwilligenagentur Marburg-Biedenkopf.

Frau Heineck stellte die Arbeit der Freiwilligenagentur Marburg-Biedenkopf vor. Die Agentur ist ein gemeinnütziger Verein, der das Ziel verfolgt, freiwilliges Engagement in der Stadt Marburg und den

umliegenden Regionen zu fördern und zu stärken. Um diesem Auftrag nachzukommen, berät und vermittelt die Agentur engagementbereite Personen, unterstützt Organisationen beim Einsatz von Freiwilligen, führt Qualifizierungen durch, initiiert engagementfördernde Projekte und betreibt Öffentlichkeitsarbeit. Zur Förderung pflegeflankierender Angebote wird für Interessierte der Kontakt zu Besuchsdiensten und Seniorenheimen ermöglicht. Weiterhin baut die Agentur seit mehreren Jahren mithilfe des Freiwilligendienstes aller Generationen Treffpunkte und Besuchsdienste im Landkreis auf und unterstützt Bürger- und Nachbarschaftsinitiativen bei deren Arbeit. Angebotsbegleitend werden Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt.

Doris Heineck

Frau Heineck betonte, dass der Freiwilligendienst aller Generationen eine geeignete Möglichkeit zur Förderung pflegeflankierender Angebote ist. In Cölbe wurde bspw. durch eine Teilnehmerin des Freiwilligendienstes aller Generationen ein Seniorennetzwerk zur Unterstützung älterer Menschen aufgebaut. Neben der Hilfe im Alltag werden auch Veranstaltungen und ambulante Besuchs- und Hilfsdienste angeboten.

Die Gewinnung von Freiwilligen benötigt Strategien, die neben Kommunikationsmaßnahmen auch die Angebotsbeschreibung berücksichtigt. Frau Heineck machte deutlich, dass eine aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in den regionalen Medien und die persönliche Ansprache von Bürgerinnen und Bürgern fester Bestandteil der Kommunikationsstrategie von Engagement fördernden Einrichtungen sein sollten. Engagementprojekte sollten zudem durch die kommunale Verwaltungsspitze getragen, unterstützt und kommunikativ begleitet werden.

Wichtig für eine nachhaltige Bindung von Engagierten ist die Koordination von Haupt- und Ehrenamtlichen. Durch persönliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner kann auf die Wünsche der Engagierten eingegangen und Räume für konstruktive Kritik geschaffen werden. Die Einrichtung einer Willkommenskultur sowie Begleitungs- und Qualifizierungsmaßnahmen können ebenfalls zur nachhaltigen Bindung beitragen.

Frau Heineck betonte, dass bürgerschaftliches Engagement stets freiwillig ist. Diese Eigenschaft bezieht sich nicht nur auf die Aufnahme, sondern auch auf den Abbruch einer Engagementtätigkeit.

Menschen können aus unterschiedlichen Gründen eine Engagementtätigkeit beenden. Personen sollten mit einem positiven Gefühl und Wertschätzung verabschiedet werden. Gelingt dies, so ist es wahrscheinlicher, dass die Personen positiv über ihr Engagement berichten und es in Zukunft wieder aufnehmen.

Kernaussagen der Arbeitsgruppe

Wie können Personen für ein pflegebegleitendes Engagement gewonnen und möglichst dauerhaft hierfür motiviert werden? Welche Rolle spielen diesbezüglich die Anerkennungskultur und die Aufwandsentschädigungen?

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer trugen unterschiedliche Argumente vor, wie es gelingen kann, Engagierte zu gewinnen. Die Gewinnung von Ehrenamtlichen im ländlichen Raum ist vor allem durch persönliche Ansprachen Erfolg versprechend. Nachhaltige Bindung kann durch den Abgleich von Anforderungs- und Tätigkeitsprofilen gelingen.

Bereits in der Gewinnungsphase wird der Grundstein für eine nachhaltige Bindung gelegt. Wenn Freiwillige ein Engagement aufnehmen, das ihren Erwartungen entspricht, so sind sie eher bereit dieses langfristig auszufüllen. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Anforderungen und Erwartungen im Vorfeld abzugleichen. Dafür eignen sich die Erstellung von Tätigkeitsprofil und die Ermittlung der individuellen Erwartungen in einem persönlichen Gespräch.

Neben der passgenauen Tätigkeitszuordnung betonten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Bedeutung von Anerkennungskulturen. Den Engagierten kann bspw. durch Qualifizierungsmaßnahmen, Ehrenamtskarten und Auszeichnungen für deren Unterstützung gedankt werden. Durch die Einbindung der kommunalen Verwaltungsspitze, bspw. bei der Unterzeichnung / Überreichung von Ehrenamtszertifikaten, wird der gesellschaftliche Stellenwert des Ehrenamts unterstrichen, dem Engagement Beachtung geschenkt und dadurch Bürgerinnen und Bürger zur Aufnahme eines Engagements ermutigt. Eine weitere Möglichkeit der Anerkennung stellt die intensive und gleichberechtigte Zusammenarbeit mit Hauptamtlichen dar. Umsetzen lässt sich diese Implikation, indem die Ehrenamtlichen bspw. zu gemeinsamen Teamgesprächen, Betriebsausflügen und Betriebsfeiern eingeladen werden.

Während die Etablierung einer Anerkennungskultur als wichtiges Instrument der Engagementförderung angesehen wird, wird der Nutzen von Aufwandsentschädigung kontrovers diskutiert. Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer befürworteten die Möglichkeit, finanzielle Anreize zu schaffen.

Andere lehnten dieses strikt ab. Die Meinungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer hinsichtlich monetärer Entlohnungen spiegeln die bestehenden Debatten wider.

Vorgetragene Argumente für eine stundenweise Entlohnung:

Die Gesellschaft ist heterogen. Um allen Menschen den Zugang zum Engagement zu ermöglichen, sollten deren soziale Hintergründe berücksichtigt werden. Hauptmotiv eines Engagements sollte nie ein finanzieller Anreiz sein. Dennoch sind einige Personen auf monetäre Unterstützung angewiesen. Die finanziellen Entlohnungen sind somit nicht Anreiz, aber – zumindest teilweise – Voraussetzung, um ein Engagement ausführen zu können. Insbesondere Frauen, die nur eine geringe Rente bekommen, sind auf den Zuverdienst angewiesen. Da es sich bei der beschriebenen Gruppe um Personen handelt, die am häufigsten im Engagementfeld Pflege tätig sind, ist die stundenweise Entlohnung angemessen und angebracht. Würde dies nicht erfolgen, so die Meinung einiger Teilnehmerinnen und Teilnehmer, könnte sich eine große Gruppe nicht mehr für Pflegebedürftige und deren Angehörige einsetzen.

Vorgetragene Argumente gegen eine stundenweise Entlohnung:

Bürgerschaftliches Engagement ist per Definition unentgeltlich. Durch Bezahlung wird der Charakter des Engagements verfälscht und die Etablierung des zivilgesellschaftlichen Gedankens gehemmt. Indem Entlohnungsmöglichkeiten angeboten werden, wird eine Debatte, auch unter Engagierten, hervorgerufen, die es vorher nicht gegeben hat. Dadurch wird ein künstlicher Wettbewerb um Engagierte und ein grauer Arbeitsmarkt geschaffen. Aus Sicht einiger Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollte dieser Entwicklung dringend Einhalt geboten werden.

„Ich denke, nicht nur in Brandenburg beobachten wir, dass der Großteil des pflegeergänzenden Engagements außerhalb des formalen Ehrenamts stattfindet. Die spannende Frage ist: Welche politischen Instrumente kann ich nutzen, um das informelle Engagement, wie die aktiven Nachbarschaften, zu fördern?“

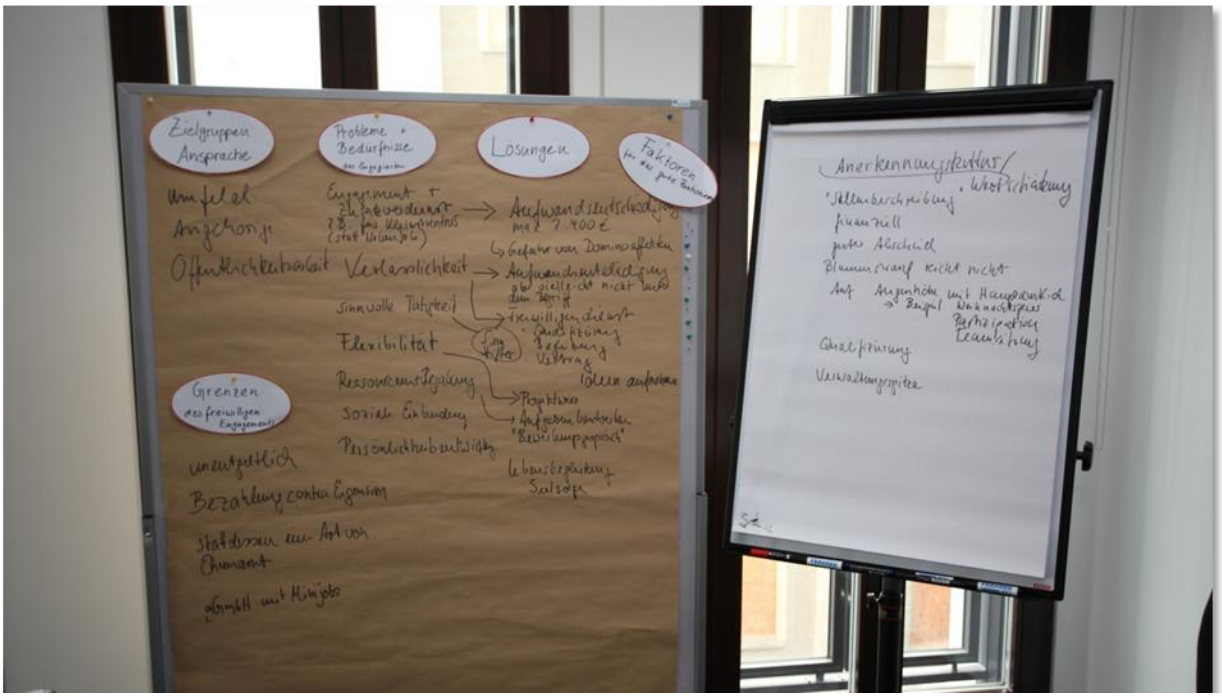
Ulrich Wendte

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitsgruppe

Welche Herausforderungen, Grenzen und Lösungsansätze gibt es bei der Gewinnung und nachhaltigen Bindung von Engagierten?

Bürgerschaftliches Engagement stellt eine Möglichkeit zur positiven Gestaltung des demografischen Wandels dar. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verwiesen jedoch darauf, dass bürgerschaftliches Engagement klare Grenzen besitzt: Engagement kann nicht Bürger*pflicht* sein und bürgerschaftliches Engagement kann keine professionellen Tätigkeiten ersetzen.

Nach Ansicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist die Gewinnung und nachhaltige Bindung von Ehrenamtlichen ohne die Etablierung eines Managements kaum zu gewährleisten. Ehrenamtsmanagement kann wiederum nur in festen Strukturen und mithilfe von hauptamtlichen Kräften umgesetzt werden. Mehrgenerationenhäuser stellen in diesem Zusammenhang ein Beispiel für geeignete Infrastrukturen dar. Die Finanzierung von Modellprojekten über den Förderzeitraum hinaus ist jedoch häufig ungewiss. Eine zentrale Herausforderung stellt somit die Etablierung langfristiger Finanzierungskonzepte von Modellprojekten dar.



Arbeitsergebnisse

Unter dem Dach eines modernen Ehrenamtsmanagements sollte eine Vielzahl unterschiedlicher Engagementangebote umgesetzt und koordiniert werden. Die Angebote sollten die unterschiedlichen Facetten und den Gemeinschaftssinn einer aktiven Gesellschaft widerspiegeln. Anreize zur Aufnahme eines Engagements können durch das Angebot selbst geliefert werden, wenn diese gesellschaftsaktuelle Schwerpunkte beinhalten (bspw. Jugendliche erklären den Umgang mit einem Smartphone). Bei der Planung und Umsetzung von Engagementmöglichkeiten sollte der Eigensinn des bürgerschaftlichen Engagements beachtet werden. Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind der Ansicht, dass verbindliche Projekte und Verträge der Charakteristik des bürgerschaftlichen Engagements widersprechen. Neben unterschiedlichen Angeboten sollten Möglichkeiten zur Vernetzung der Träger, der örtlichen Meinungsführer, Ehren- und Hauptamtlichen geschaffen werden.

Zusammenfassung der Erkenntnisse

„Ein Satz, der mich als Sozialarbeiter oder Sozialwissenschaftler prägt, ist: Soziale Arbeit und soziales Engagement sind nur so gut wie das Sozialmanagement. Zur Schaffung eines möglichst effektiven Rahmens ist der Austausch zwischen Politik und Praxis evident. Aus diesem Grund sind wir heute hier. Um voneinander zu lernen, und gegebenenfalls neue Rahmenbedingungen zu ermitteln."

Prof. Dr. Jörn Dummann

Ausgangsbedingungen

Der ländliche Raum ist von der Überalterung der Gesellschaft stärker betroffen als urbane Regionen. Anhaltende Abwanderungsprozesse führen teilweise zur Entleerung ländlicher Räume sowie zur Ausdünnung sozialer Netzwerke. Damit ergeben sich für einige Regionen substanzielle Probleme der Daseinsversorgung und der Aufrechterhaltung informeller Unterstützungssysteme. Eine integrierte Herangehensweise, bei der Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, kann an dieser Stelle Lösungspotenziale bieten, um die Pflegeversorgung im ländlichen Raum sicherzustellen.

Voraussetzung für einen integrierten Versorgungsansatz ist die Unterstützung durch die kommunale Verwaltungsspitze. Weiterhin ist ein permanenter kooperativer Austausch zwischen allen Akteuren notwendig. Dafür ist wiederum eine offene und vertrauensvolle Kommunikationskultur unentbehrlich.

Zur Vernetzung und Abstimmung der Akteure werden finanzielle, aber vor allem personelle Ressourcen benötigt. Kommunen, die sich mit finanziellen Engpässen auseinandersetzen müssen, verweisen häufig darauf, dass die benötigten Ressourcen an anderer Stelle dringend gebraucht werden und aufgrund dessen keine Maßnahmen zur Förderung des Pflegemix umgesetzt werden können. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben jedoch die Erfahrung gemacht, dass nicht die finanziellen Ausgangsbedingungen, sondern Handlungs- und Kooperationswille entscheidend sind, um die Auswirkungen des demografischen Wandels und somit auch die Veränderungen des Pflegebedarfs posi-

tiv zu gestalten. Auch können durch die Etablierung von Netzwerken und Unterstützungskulturen positive Effekte des Zusammenlebens beobachten werden, durch die die entstandenen Kosten amortisiert werden.

Dr. Anette Barth (links), Annemarie Gerzer-Sass, Dr. Christine von Blanckenburg

Rahmenbedingungen und Infrastrukturen

Nach Ansicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer kann die Sicherstellung des Pflegebedarfs lediglich durch das Zusammenspiel von professioneller und familiärer Pflege sowie der Mitwirkung von Engagierten gelingen. Demzufolge bedarf es der Sensibilisierung und Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern zur Unterstützung von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen. Aber auch bei Pflegebedürftigen und deren Angehörigen gilt es, Aufklärung über die Unterstützungsmöglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements zu leisten.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass die Sicherstellung einer ambulanten Pflege durch ein stabiles Unterstützungsnetzwerk von bürgerschaftlich Engagierten begünstigt wird. In der Praxis verlassen sich Pflegebedürftige jedoch häufig auf das familiäre Pflegepotenzial. Dies liegt nach Ansicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor allem an dem Eingriff in die Privatsphären der Pflegebedürftigen. Vertrauen, Wissen und Einfühlungsvermögen sind wichtig, um Pflege und Unter-

stützung zu gewährleisten. Vielerorts fehlt es an Wissen, welche Fördermöglichkeiten für pflegeflankierende Angebote bestehen und wie diese beantragt werden können.

In den Diskussionsrunden wurde deutlich, dass unterstützende Nachbarschaften zur Aktivierung von formellen und informellen Engagementformen beitragen können. Nachbarschaftliche Strukturen sind über Jahre gewachsen und zeichnen sich (häufig) durch ein freundschaftliches und vertrauensvolles Miteinander aus. Die so entstandenen solidarischen Räume ermöglichen formelle und informelle Unterstützungen auch in tabuisierten Bereichen wie der Pflege.

Zur Aktivierung der Zivilgesellschaft und zur Bereitstellung von Informationen bedarf es professioneller Strukturen. Informationslotsen, Engagementkoordinatorinnen und Engagementkoordinatoren sowie Verantwortliche von Informationsportalen sind nur einige der vielen Tätigkeiten, die von Hauptamtlichen umgesetzt werden sollten. Vor diesem Hintergrund fiel immer wieder der Einwurf, dass zur Förderung und Umsetzung von bürgerschaftlichem Engagement hauptamtliche Stellen geschaffen werden sollten.

In den Arbeitskreisen wurde diskutiert, welche Aufgaben die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernehmen sollten. Im Wesentlichen sollten hauptamtliche Personen für die aktive Förderung und Ausgestaltung des bürgerschaftlichen Engagements zuständig sein. Dieses kann durch die Bereitstellung von Infrastrukturen, aber auch durch Sensibilisierung und Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger für ein verantwortungsvolles Miteinander erfolgen. Insofern werden durch Hauptamtliche formelle Engagementprojekte initiiert und informelle Engagementräume (bspw. Nachbarschaftshilfen) geschaffen. Kommunen und Träger sollten sich der Bedeutung und dem Mehrwert von Hauptamtlichen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements bewusst sein und geeignete Stellen schaffen (bspw. Ehrenamtskoordinatorin bzw. Ehrenamtskoordinator). Anknüpfend an diese Forderung sollten Informations- und Beratungsstellen eingerichtet werden. Die Beratungs- und Unterstützungsstellen sollten nach Ansicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein breites Informationsangebot für alle Akteure anbieten, zur Vernetzung beitragen und zielgruppenadäquate Unterstützung bspw. bei der Beantragung von Fördermitteln leisten.

Zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sollten Informationen aufbereitet und zur Verfügung gestellt, Beratungsangebote unterbreitet sowie Koordination, Vernetzung und Organisation ermöglicht werden. Zwar existieren Praxisbeispiele, bei denen das gesamte Aufgabenspektrum durch Engagierte abgedeckt wird; bürgerschaftliches Engagement ist jedoch freiwillig und kann aufgrund dessen nicht per se Aufgaben übernehmen, die Voraussetzung zur Förderung desselbigen sind. Aus diesem Grund benötigt Ehrenamt das Hauptamt.

Um der Heterogenität der Gesellschaft gerecht zu werden, sollten vielseitige pflegeflankierende Angebote unterbreitet werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erklärten, dass die Bedarfe und Bedürfnisse der unterschiedlichen Interessengruppen bei der Konzeption von pflegeflankierenden Angeboten berücksichtigt werden sollten. Dies ist ein aufwendiger Prozess, hat jedoch den Vorteil, dass diese Angebote langfristig akzeptiert und nachgefragt werden.

Qualifizierung

Konsens bestand, dass der Umgang mit pflegebedürftigen Personen Schulungen benötigt. Personen, die Pflegebedürftige in ihrer Freizeit begleiten, sollten wissen, welche Ansprechpartnerin bzw. welcher Ansprechpartner im Notfall zu kontaktieren ist, welchen Tagesablauf der Pflegebedürftige hat bzw. welche Tätigkeiten im Rahmen des Ehrenamts erbracht werden können. Durch Qualifizierungsmaßnahmen können entsprechende Informationen und Fähigkeiten zur Interaktion mit Pflegebedürftigen, deren Angehörigen und Fachkräften vermittelt werden. Weiterhin begünstigen Qualifizierungsmaßnahmen zusätzliche Effekte, wie eine höhere Engagementzufriedenheit oder die Möglichkeit, vom Engagement in eine professionelle Tätigkeit zu wechseln.

In der Arbeitsgruppe 2 wurde deutlich, dass die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen im ländlichen Raum teilweise schwierig umsetzbar ist. Aufgrund der geringen Besiedlungsdichte und der räumlichen Distanzen nehmen manchmal nur wenige Personen an den Programmen teil. In solchen Fällen lohnt sich die Durchführung für den Träger nicht. Erschwerend kommt hinzu, dass für die vielfältigen pflegeflankierenden Angebote unterschiedliche Qualifizierungsmaßnahmen, wie Schulungen

zur Pflegebegleiterin / zum Pflegebegleiter, zur Betreuung von Demenzerkrankten oder zur Beraterin / Berater von Angehörigen, umgesetzt werden sollten.

Die flächendeckende Umsetzung von Qualifizierungsmaßnahmen kann nach Ansicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die Festlegung von Schulungsstandards gelingen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten in diesem Zusammenhang unterschiedliche Programmbausteine und ermittelten, dass folgende Punkte in den Qualifizierungsmaßnahmen thematisiert werden sollten:

- Die Ermittlung von Grenzen des Ehrenamtes.
- Die Zusammenarbeit mit Hauptamtlichen.
- Rechtliche Sicherheiten von Ehrenamtlichen.
- Die Erkennung der eigenen Grenzen und der Schutz vor Überforderung.
- Möglichkeiten des Perspektivenwechsels (Schulung des Empathievermögens).
- Der Erfahrungsaustausch mit anderen Engagierten und Hauptamtlichen.
- Mindestansprüche der Qualitätssicherung.

Weiterhin wird empfohlen, dass die Träger sich untereinander vernetzen und zusammenarbeiten sollten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer raten, dass Qualifizierungsmaßnahmen nicht für einen limitierten Teilnehmerkreis angeboten werden (bspw. nur für Engagierte eines Trägers), sondern allen Interessierten offenstehen sollten.

Zusammenfassend sollten die Inhalte von Schulungen festgelegt, Standards ermittelt, Konzepte entwickelt, Informations- und Kommunikationsplattformen eingerichtet und ein aktiver Austausch sowie Vernetzung ermöglicht werden. Zertifikate können zudem Transparenz und verbindliche Anerkennung schaffen.

Gewinnung und Bindung

Die ungünstigen Prognosen für den ländlichen Raum verfälschen den Blick auf das Potenzial des bürgerschaftlichen Engagements zur Unterstützung von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen. In der Arbeitsgruppe 3 wurde deutlich, dass die Gewinnung von Engagierten im ländlichen Raum eher unproblematisch ist. Aufgrund der engen Netzwerke und persönlichen Beziehungen können durch direkte Ansprachen Menschen für ein Engagement gewonnen werden. Diese Erkenntnis deckt sich

mit den Engagementquoten im Pflegebereich, die im ländlichen Raum höher sind als in urbanen Regionen.[6]

Zur Gewinnung und Bindung von Engagierten empfehlen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die individuellen Bedürfnisse und Motive zu berücksichtigen. Sind diese bekannt, kann eine gezielte Ansprache erfolgen. Dazu sollten möglichst unterschiedliche Kommunikationsinstrumente wie regionale Print-, Funk- und TV-Medien sowie das Internet verwendet werden. Im ländlichen Raum ist die persönliche Ansprache besonders wichtig und erfolgsversprechend. Auch Meinungsführer (bspw. die Bürgermeisterin / der Bürgermeister) und Sympathieträger (bspw. Leiterin / Leiter der freiwilligen Feuerwehr) können zur breiten Akzeptanz einer Unterstützungskultur beitragen.

Die nachhaltige Bindung von Engagierten ist nach Ansicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer von den folgenden Faktoren abhängig:

- Abgleich der Tätigkeitsprofile,
- Klärung der Tätigkeitsbereiche,
- Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen,
- Anerkennungs-, Willkommens- und Abschiedskultur.

Gelingt es, Personen für ein Ehrenamt zu gewinnen, so ist für deren nachhaltige Bindung die Ermittlung der individuellen Erwartungen wichtig. Werden Erwartungen durch das ehrenamtliche Engagement erfüllt, schafft dies Zufriedenheit, was wiederum zur langfristigen Bindung führen kann. Demzufolge kann bereits bei der Gewinnung der Engagierten eine zentrale Voraussetzung für deren Bindung erbracht werden. In der Praxis kann dieser Hinweis umgesetzt werden, indem in einem persönlichen Gespräch mit dem Engagementbereiten die Erwartungen an das Ehrenamt er- und vermittelt werden. Zudem sollten konkrete „Stellenprofile“ für die ehrenamtliche Tätigkeit verfasst werden. Liegen Informationen über die individuellen und faktischen Anforderungen der Engagementtätigkeit vor, können die Erwartungen mit den Tätigkeitsprofilen abgeglichen werden.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer machten deutlich, dass durch die Erstellung von Tätigkeitsprofilen ebenfalls Grenzen des Ehrenamts vermittelt werden können. Dies ist notwendig, um Engagierte vor Überforderung zu schützen und klare Grenzen zu professionellen Pflegeleistungen darzulegen. Auch für Hauptamtliche können solche Tätigkeitsprofile hilfreiche Orientierungspunkte für die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen bieten.

[6] vgl. Simonson 2013

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die Erfahrung gemacht, dass die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen durch unterschiedliche Aufgaben- und Verantwortungsbereiche, Qualifizierungsniveaus, Lebensläufe und Charaktereigenschaften geprägt ist. Für ein kooperatives Miteinander ist ein vertrauensvoller Umgang, gegenseitiger Respekt und Anerkennung für die jeweilige Arbeit erforderlich. In der Praxis lässt sich dies durch gemeinsame Betriebsversammlungen und -ausflüge und eine offene Gesprächskultur umsetzen. Feste Ansprechpartner ermöglichen zudem eine vertraute Gesprächsatmosphäre und beugen Interaktionsproblemen vor.

Eine wichtige zukünftige Herausforderung im Engagementfeld Pflege ist die Klärung der anhaltenden **Monetarisierungsdebatten**. Per Definition ist bürgerschaftliches Engagement unentgeltlich. Nichtsdestotrotz existieren Gegebenheiten, die die stundenweisen Entlohnungen bedingen. Um eine klare Abgrenzung zwischen Haupt- und Ehrenamt zu gewährleisten, sollten in solchen Fällen jedoch andere Begriffe als „bürgerschaftliches Engagement“ oder „Ehrenamt“ verwendet werden.

Bürgerschaftliches Engagement ist nicht selbstverständlich und sollte deshalb anerkannt werden. Dazu gehört neben der Etablierung einer Willkommens- und Abschiedskultur auch die Wertschätzung der Arbeit während der laufenden Engagementausübung. Neben dem obligatorischen Blumenstrauß bestehen weitere Möglichkeiten, wie bspw. ein Dankesessen mit der kommunalen Spitze, Zertifikatsübergaben, öffentliche Berichterstattungen und Weiterbildungsmaßnahmen, um die Arbeit von Engagierten zu würdigen.

Ein wichtiger Aspekt, der im Zusammenhang mit der Bindung von Engagierten diskutiert wurde, ist das Vorhandensein von Zeit. Zeit ist eine wesentliche Ressource, die zur Ausübung eines Engagements notwendig, jedoch nicht in allen Lebensphasen gleichermaßen verfügbar ist. Vor diesem Hintergrund nimmt die Etablierung einer Abschiedskultur für die Gewinnung und Bindung von Freiwilligen einen besonderen Stellenwert ein. Personen, die ihr Engagement beenden, sollten würdevoll verabschiedet werden.

Abschlussrunde

Bei den dargestellten Maßnahmen sollten die Grenzen des bürgerschaftlichen Engagements nicht vernachlässigt werden. Personen sehen sich mit einer zunehmenden Anzahl an komplexen Aufgaben konfrontiert. Vor diesem Hintergrund empfehlen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, unterschiedliche formelle und informelle Unterstützungsleistungen im Pflegebereich zu fördern. Durch vielfältige Angebote können individuelle Bedarfe berücksichtigt, die Pflegeverantwortung auf „vielen Schultern verteilt“ und so ein stabiles Pflegenetz aufgebaut werden.

Anhang

Literaturverzeichnis

Bubulz-Lutz (2010): Der Ansatz des Selbstbestimmten Lernens – eine Besonderheit von Pflegebegleitung, online abrufbar unter: http://www.pflegebegleiter.de/wp-content/uploads/2010/08/Lernverst%C3%A4ndnis.pdf, 04.07.2014.

Deutscher Landkreistag (Hrsg.) (2011): Kreisentwicklungskonzepte als politisches Instrument zur Gestaltung des Demographischen Wandels – Handreichung mit konzeptionellen Muster, Band 98 der Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte des Deutschen Landkreistages e. V., http://www.kreise.de/__cms1/images/stories/publikationen/bd-98.pdf, 27.07.2014.

Deutscher Landkreistag (Hrsg.) (2013): Stark in der Fläche: Entwicklungsbedingungen und Potentiale in den Landkreisen, Band 112 der Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte des Deutschen Landkreistages e. V., http://www.kreise.de/__cms1/images/stories/publikationen/bd-112.pdf, 27.07.2014.

destatis (2014a): Bevölkerung Deutschlands nach Migrationshintergrund und Bundesländern. Ergebnisse des Zensus mit Stichtag 9. Mai 2011, https://www.destatis.de/DE/Methoden/Zensus_/Tabellen/MHG_11_Laender.html, 18.07.2014.

destatis (2014b): Daten aus dem Gemeindeverzeichnis. Kreisfreie Städte und Landkreise nach Fläche und Bevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011 und Bevölkerungsdichte Gebietsstand: 31.12.2012; aktualisiert auf Zensusdaten mit dem Stand vom 10.04.2014 im April 2014. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologien Niedersachsen (Hrsg.) (2012): Gesetzliche Pflegeversicherung. Ergebnisse der Pflegestatistik 2011, statistische Berichte Niedersachen, Hannover.

Landkreis Leer (Hrsg.) (2013): Zukunft im Blick - Demographischer Wandel: Herausforderung und Chance, Leer, http://www.wegweiser-kommune.de/documents/10184/21824/Landkreis_Leer.pdf/d0308fb7-1993-4a90-b7ec-65ec246c2c27, 24.07.2014.

Simonson, J. (2013): Freiwilliges Engagement in der Pflege und dem Gesundheitswesen, in: Zentrum für Qualität in der Pflege: Freiwilliges Engagement im pflegerischen Versorgungsmix, ZQP-Themenreport, Berlin, S. 20–35.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2013): Pflegestatistik 2011. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung Deutschlandergebnisse, Wiesbaden.

Tagesprogramm

Fachworkshop

Pflegeergänzende Unterstützungs- und Infrastrukturangebote im ländlichen Raum

Perspektiven, Herausforderungen und Grenzen des bürgerschaftlichen Engagements

Donnerstag, 8. Mai 2014

10.30 – 15.30 Uhr

im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
Glinkastraße 24, 10117 Berlin, Raum A1.07

Tagesordnung

ab 10.30 Uhr	**Empfang und Anmeldung**
11.00 – 11.15 Uhr	**Begrüßung** durch Christiane Viere, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
11.15 – 12.00 Uhr	**Impulsreferate**
	Ines Henke, Niedersächsischer Landkreistag, Referat Sozial- und Gesundheitswesen, Jugendhilfe- und Krankenhausangelegenheiten
	Prof. Dr. Jörn Dummann, Fachhochschule Münster, Fachbereich Sozialwesen
12.00 – 12.30 Uhr	**Interviewrunde** mit Christiane Viere, Ines Henke und Prof. Dr. Jörn Dummann
12.30 – 13.15 Uhr	**Mittagspause**

13.15 – 14.45 Uhr **Arbeitsgruppen**

Thema 1: Pflegeergänzende Infrastrukturangebote – Herausforderungen und Lösungsansätze (A1.07)
Impulsgeber 1: Wolfgang Rückert, Gemeinde Langenfeld
Impulsgeber 2: Iren Steiner, Agentur „Pflege engagiert, Paritätisches Bildungswerk e.V. Baden-Württemberg

Moderation: Annemarie Gerzer-Sass, Serviceagentur „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“, pme Familienservice GmbH

Thema 2: Qualifizierung (A2.03)
Impulsgeber 1: Sabine Jansen, Deutsche Alzheimer Gesellschaft e. V.
Impulsgeber 2: Horst Weipert, Sozialakademie Potsdam der AWO SANO gGmbH

Moderation: Dr. Anette Barth, Mehrgenerationenhaus Saarburg, Lokales Bündnis für Familie e.V.

Thema 3: Gewinnung von Freiwilligen und ihre nachhaltige Motivation/Bindung (A3.01)
Impulsgeber 1: Elisabeth Bäther, Mehrgenerationenhaus Dülmen/ Christa Krollzig, Stadt Dülmen
Impulsgeber 2: Doris Heineck, Freiwilligenagentur Marburg-Biedenkopf e.V.

Moderation: Dr. Christine von Blanckenburg, nexus-Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung

14.45 – 15.15 Uhr **Interviewrunde**
mit den Moderatorinnen der Arbeitsgruppen

15.15 – 15.30 Uhr **Ausblick und Verabschiedung**

Durch den Fachworkshop führt als Moderatorin Frau Annemarie Gerzer-Sass.

Teilnehmerliste

Titel	Vorname	Nachname	Institution	Abteilung
	Silke	Autenrieth	Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg	Referat 33 (Pflege)
	Astrid	Bardenheier	Mehrgenerationenhaus Eschborn	Ev. Dekanat Kronberg / Ev. Kirchengemeinde Eschborn
Dr.	Anette	Barth	Mehrgenerationenhaus Saarburg	Mehrgenerationenhaus Saarburg, Lokales Bündnis für Familie e.V.
	Elisabeth	Bäther	Stadt Dülmen	Rathaus
	Jürgen	Becker	Bundesministerium des Inneren	Referat G I 3 – Demografie
Dr.	Matthias	Betz	Deutsches Rotes Kreuz e.V., Generalsekretariat	Wohlfahrtspflege und soziales Engagement
	Petra	Dautz	Mehrgenerationenhaus Delitzsch	Soziokulturelles Zentrum Delitzsch e.V.
	Klaus	Dietrich	Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit	Abteilung 2 – Soziales
	Jürgen	Dixius	Verbandsgemeinde Saarburg	Lokales Bündnis für Familie in der Verbandsgemeinde Saarburg e.V.
Prof. Dr.	Jörn	Dummann	Fachhochschule Münster	Fachbereich Sozialwesen
	Gerd	Ester	Kreisstadt Bad Dürkheim	prot. Kirchengemeinde
	Kornelia	Folk	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Referat 303 – Gesundheit im Alter, Hilfe bei Demenz, Inklusion
	Ilona	Friedrich	Werra-Meißner-Kreis	Ev. Kirchenkreis Eschwege
	Annemarie	Gerzer-Sass	Serviceagentur „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser"	
	Katrin	Gewecke	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement	
	Christian	Gräber	Mehrgenerationenhaus Saarlouis	Miteinander der Generationen Saarlouis e.V.

Titel	Vorname	Nachname	Institution	Abteilung
Dr.	Katharina	Graffmann-Weschke	AOK Nordost	Pflegeberatung / Pflegestützpunkte
	Doris	Heineck	Freiwilligenagentur Marburg-Biedenkopf e.V.	
	Ines	Henke	Niedersächsischer Landkreistag	Referat Sozial- und Gesundheitswesen, Jugendhilfe- und Krankenhausangelegenheiten
	Thorsten	Herrmann	Mehrgenerationenhaus Bensheim	Caritasverband Darmstadt
Dr.	Friederike	Hoepner-Stamos	Bundesministerium für Gesundheit	
	Ulla	Hoffmann	Mehrgenerationenhaus Bad Dürkheim	Prot. Kirchengemeinde
	Sabine	Jansen	Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V.	Selbsthilfe Demenz
	Petra	Jentzsch	Mehrgenerationenhaus Strausberg	STEREMAT gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft mbH
	Barbara	Kahler	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	
	Elke	Kiltz	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration	Referat IV 2 – Bürgerschaftliches Engagement, Koordinierung Sterbebegleitung, Hospizbewegung, Miteinander der Generationen, Betreuungsrecht
	Ingrid	Klingler-Joppich	Mehrgenerationenhaus Bad Rodach	AWO Kreisverband Coburg e.V.
	Ursula	Kopp	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Referat 315 – Mehrgenerationenhäuser, Sorgende Gemeinschaften
	Annette	Köppel	Mehrgenerationenhaus Pattensen	MOBILE - Verein für Gesundheits- und Familienbildung e.V.
	Christa	Krollzig	Stadt Dülmen	
	Dunja	Kühr-Honermann	Mehrgenerationenhaus Marienheide	Caritasverband für den Oberbergischen Kreis e.V.
	Sibille	Kürschner	Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern	Referat IX 430 – Belange pflegebedürftiger Menschen
	Thomas	Kusior	Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit & Integration	

Titel	Vorname	Nachname	Institution	Abteilung
	Regina	Levenhagen	Mehrgenerationenhaus Torgelow	Volkssolidarität KV UER e.V.
	Sandra	Luening	Diakonie Hessen	
	Mareike	Mallon	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Referat 121 – Grundsatzangelegenheiten der Engagementpolitik
	Heike	Nordmann	Kuratorium Deutsche Altershilfe	
	Mariana	Rieck Moncayo	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	
	Susanne	Rindt	AWO Bundesverband e.V.	Abteilung 7 – Verbandsangelegenheiten, Engagementförderung, Zukunft der Bürgergesellschaft
	Wolfgang	Rückert	Stadt Langenfeld	Gemeinde Langenfeld
	Sabine	Rüger	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Referat 315 – Mehrgenerationenhäuser, Sorgende Gemeinschaften
	Gudrun	Scheithauer	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Referat 121 – Grundsatzangelegenheiten der Engagementpolitik
	Bettina	Schendel	Diakonisches Werk Teltow-Fläming e.V	Diakonisches Werk Teltow-Fläming e.V.
	Julia	Schlange	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein	
Dr.	Julia	Schlicht	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	
	Annette	Schlichter-Schenck	Stadt Oldenburg in Holstein	
	Jessica	Schon	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	
	Andrea	Schütze	Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg	
	Christel	Schultz	Mehrgenerationenhaus Torgelow	Volkssolidarität KV UER e.V.

Titel	Vorname	Nachname	Institution	Abteilung
	Beate	Schulz	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	Abteilung UI Umweltpolitik und Infrastruktur, Grundsatzfragen des Ressorts, Europaangelegenheiten– Projektgruppe Demografischer Wandel
	Iren	Steiner	Agentur „Pflege engagiert"	Paritätisches Bildungswerk e.V. Baden-Württemberg
	Antje	Stoklas	Sozialakademie Potsdam der AWO SANO gGmbH	
Dr.	Marie-Luise	Streeck	Bundesministerium des Inneren	Referat G I 3 – Demografie
	Stefan	Taxis	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	Referat 416 Entwicklung ländlicher Räume
	Cornelia	Tigges-Schwering	Mehrgenerationenhaus Bensheim	Caritasverband Darmstadt
	Sabine	Ullrich	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Referat 301 – Grundsatzangelegenheiten, Alternsforschung, Geschlechtergerechtigkeit im Alter
	Christiane	Viere	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Unterabteilung 30
Dr.	Renate	Vogelsang	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	
	Alexander	Voigt	Hochschule Mittweida	Fakultät Soziale Arbeit Projekt Dörfliche Lebensverhältnisse im Wandel
	Julius	Völkel	Landesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros NRW	Bürgerschaftliches Engagement
Dr.	Christine	von Blanckenburg	nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung	Bürgergesellschaft
	Horst	Weipert	Sozialakademie Potsdam der AWO SANO gGmbH	
	Ulrich	Wendte	Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg	
	Ulrike	Wißmann	Mehrgenerationenhaus Coesfeld	Regionalverb. kath. Erwachsenen- und Familienbildung im Kreis Coesfeld

Titel	Vorname	Nachname	Institution	Abteilung
	Gabriele	Wittstock	Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt	
	Marita	Wollenweber	Mehrgenerationenhaus Oldenburg	Der Paritätische Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein e.V.
Dr.	Jochen	Ziegelmann	Deutsches Zentrum für Altersfragen	